

STAATSINSTITUT
FÜR SCHULPÄDAGOGIK
MÜNCHEN



Curricularer Lehrplan für Berufsschulen und

V BY fachschaften

3(1977) LKUNDE

Februar 1977

Georg-Eckert-Institut BS78



1 130 955 5

Staatsinstitut für Schulpädagogik

München

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

Vorbemerkung Abteilung Berufliche Schulen

- 1. Einführung in den Curricularen Lehrplan 1
- 2. Allgemeine Ziele der politischen Bildung 3
- 3. Anlage des Lehrplans 4
- 4. Verbindlichkeit und didaktisch-methodische Hinweise 5

LEHRPLAN

Curricularer Lehrplan

- 10. Jahrgangsstufe: Vollzeitunterricht 7
- 1. Arbeit und Beruf für 8
- 2. Soziale Sicherung 11
- 3. Einzeler und Gruppe 14
- 4. Organisierte Interessenvertretung 17
- 5. Massenmedien 20

SOZIALKUNDE

an

- 10. Jahrgangsstufe: Teilzeitunterricht 21
- 1. Arbeit und Beruf Berufsschulen einschließlich Berufsgrundschulklassen 23
- 2. Soziale Sicherung und an 26
- 3. Einzeler und Gruppe Berufsfachschulen 28
- 4. Organisierte Interessenvertretung 30
- 5. Massenmedien 32

Georg-Eckert-Institut
für internationale
Schulbuchforschung
Braunschweig
Schulbuchbibliothek

- 11. Jahrgangsstufe: Teilzeitunterricht (1. Halbjahr) 34
- 6. Staatliche Ordnung 40
- 7. Rechtsordnung 40
- 12. Jahrgangsstufe: Teilzeitunterricht (2. Halbjahr) 43
- 8. Wirtschaftspolitik 43
- 9. Außenpolitik 47

83/1376
Februar 1977

Erziehungswissenschaften

München

Abteilung Pädagogische Schulen

SOZIALKUNDE

an

der Universität München

mit

Schulbuchverlag
Stansdorf
Schulbuchverlag
in
Georg-Eckert-Institut
für Internationale
Schulbuchverlag
Stansdorf
Schulbuchverlag

Z-V 3Y
S-3(1977)

INHALTSVERZEICHNIS

Vorbemerkungen

1. Einführung in den Curricularen Lehrplan	1
2. Allgemeine Ziele der politischen Bildung	3
3. Anlage des Lehrplans	4
4. Verbindlichkeit und didaktisch-methodische Hinweise	5

LEHRPLAN

10. Jahrgangsstufe: Vollzeitunterricht

1. Arbeit und Beruf	6
2. Soziale Sicherung	11
3. Einzelner und Gruppe	14
4. Organisierte Interessenwahrnehmung	17
5. Massenmedien	20

10. Jahrgangsstufe: Teilzeitunterricht

1. Arbeit und Beruf	23
2. Soziale Sicherung	26
3. Einzelner und Gruppe	28
4. Organisierte Interessenwahrnehmung	30
5. Massenmedien	32

11. Jahrgangsstufe: Teilzeitunterricht und Vollzeitunterricht (1. Halbjahr)

6. Staatliche Ordnung	34
7. Rechtsordnung	40

12. Jahrgangsstufe: Teilzeitunterricht und 11. Jahrgangsstufe: Vollzeitunterricht (2. Halbjahr)

8. Wirtschaftspolitik	43
9. Außenpolitik	47

VORBEMERKUNGEN

1. Einführung in den Curricularen Lehrplan

1.1 Allgemeine Zielsetzung

Der vorliegende Lehrplan will didaktische Schwerpunkte für den Unterricht festlegen. Um bestimmende Einzelheiten klar herauszuarbeiten mußte in ihm der komplexe Vorgang des Lehrens und Lernens in Einzelaspekte zerlegt werden. Wie bei jeder Analyse wird dabei zunächst eine Ganzheit zerstört. Das Getrennte wieder zusammenführen im pädagogischen Wechselspiel zwischen Schüler, Lerngegenstand und Lehrer, diese Aufgabe ist dem Lehrer und Erzieher gestellt. Er verfügt dabei – im Rahmen der Vorgaben des Lehrplans – über eine beträchtliche Entscheidungsfreiheit; seine persönliche Entfaltung und die der Schüler wird nicht eingeeengt. Nach wie vor trägt jeder Lehrer eine hohe erzieherische Verantwortung. Wenn dieser Lehrplan darauf verzichtet, erzieherische Akte im einzelnen zu steuern, so bedeutet dies keineswegs eine Verengung des Unterrichts auf intellektuelle oder instrumentelle Lernziele. Ausdrücklich wird auf Art. 131 Abs. 1 der Bayerischen Verfassung hingewiesen, der auch für diesen Lehrplan verbindlich ist: „Die Schulen sollen nicht nur Wissen und Können vermitteln, sondern auch Herz und Charakter bilden ...“

1.2 Die Struktur des Lehrplans

Der Lehrplan ist nach vier didaktischen Kategorien geordnet: Ein Lernziel wird anhand eines Lerninhalts mit Hilfe bestimmter Unterrichtsverfahren angestrebt, und das tatsächlich Erreichte wird in der Lernzielkontrolle überprüft. Mit dieser Gliederung entspricht der Lehrplan weitgehend der Unterrichtspraxis, die in der Regel nach einem solchen Modell verläuft.

1.3 Die Lernzielbeschreibungen

Ein Lernziel wie „Fähigkeit, Statistiken auszuwerten“ besteht aus einem person-bezogenen Element (Fähigkeit) und einem inhaltsbezogenen Element (Statistiken auszuwerten). Für den ersten Bestandteil verwendet der folgende Lehrplan einheitliche, in ihrer Bedeutung festgelegte Begriffe (siehe nachstehende Tabelle). Ihr Zweck ist, die Absichten des Lehrplans so deutlich wie möglich zu machen und einheitliche Grundlagen für Lernen und Leistungsbewertung zu schaffen.

Die Begriffe, die das erwünschte Lernergebnis beim Schüler beschreiben, haben einen zweifachen Aussagewert:

(1) Das Lernziel „Überblick über Aufgaben von Interessenverbänden“ gehört jener Klasse von Zielen an, die sich besonders auf den Erwerb von Informationen bezieht (Zielklasse Wissen); das Lernziel „Fähigkeit, Statistiken auszuwerten“ hingegen bezieht sich vornehmlich auf das Durchführen von Operationen (Zielklasse Können).
Je nach Zielklasse wird also durch das Lernziel ein didaktischer Schwerpunkt festgelegt, der auch das maßgebliche Kriterium für die Lernzielkontrolle bildet. In der Unterrichtspraxis greifen die Zielklassen Wissen, Können, Erkennen und Werten vielfach ineinander.

(2) Der Begriff „Überblick über Aufgaben von Interessenverbänden“ bezeichnet die Anforderungsstufe, auf der ein Lerngegenstand gelehrt werden soll. Überblick ist in dem zugrundeliegenden Lehrplansystem Ausdruck für eine erste Begegnung mit einem Wissensgebiet, verlangt keinen Tiefgang.
Hingegen würde „Vertrautheit (mit den Aufgaben von Interessenverbänden)“ eingehende Spezialkenntnisse bedingen.

Übersicht über die Lernzielbeschreibungen

Zielklassen	WISSEN Informationen	KÖNNEN Operationen	ERKENNEN Probleme	WERTEN Einstellungen
Anforderungsstufen	<p>Einblick: (in Ausschnitte eines Wissensgebiets)</p> <p>Überblick: (über den Zusammenhang wichtiger Teile)</p>	<p>Fähigkeit: bezeichnet dasjenige Können, das zum Vollzug von Operationen notwendig ist.</p>	<p>Bewußtsein: Die Problemlage wird in ihren wichtigen Aspekten erfaßt</p>	<p>Offenheit Interesse ... Neigung ...</p>
	<p>Kenntnis: verlangt stärkere Differenzierung der Inhalte und Betonung der Zusammenhänge</p> <p>Vertrautheit: bedeutet souveränes Verfügen über möglichst viele Teilinformationen und Zusammenhänge</p>	<p>Fertigkeit: verlangt eingeschliffenes, fast müheloses Können</p> <p>Beherrschung: bedeutet souveränes Verfügen über die eingeübten Verfahrensmuster</p>	<p>Fähigkeit*</p>	<p>Einsicht: Eine Lösung des Problems wird erfaßt.</p> <p>Verständnis: Eine Lösung des Problems wird überprüft und ggf. anerkannt.</p>

* Besondere Anforderungen, aus denen eine Stufung des Begriffs Fähigkeit hervorgeht, wird durch Zusätze (z. B. bezüglich der geforderten Selbständigkeit, Genauigkeit oder Geschwindigkeit) angegeben.

2. Allgemeine Ziele der politischen Bildung

Die Sozialkunde in den Berufs- und Berufsfachschulen dient vor allem der politischen Bildung. Sie soll den jungen Menschen befähigen, politische Sachverhalte möglichst rational zu beurteilen. Der Unterricht strebt deshalb folgende Ziele an:

1. Bereitschaft, — die freiheitliche demokratische Ordnung, wie sie im Grundgesetz und in der Verfassung des Freistaates Bayern festgelegt ist, zu bejahen und zu verteidigen;
 - sich im gegebenen Fall für Freiheit, Frieden, Recht und Menschenwürde auch tätig einzusetzen;
 - begründete Standpunkte und Werthaltungen anderer Menschen zu achten und zu tolerieren;
 - demokratische Verantwortung zu übernehmen und Rechte und Pflichten in der Gesellschaft wahrzunehmen.
2. Fähigkeit, — Urteile auf Widersprüche und zugrundeliegende Wertvorstellungen und Interessen zu überprüfen;
 - Aussagen (Ist- oder Soll-Aussagen, Beschreibungen, Erklärungen, Deutungen, Wertungen) zu unterscheiden;
 - sich die für die Beurteilung eines Sachverhaltes notwendigen Informationen zu beschaffen und anzueignen bzw. Informationsdefizite und Ungewißeheiten zu beschreiben;
 - Texte auszuwerten, aus Statistiken und Bildmaterial Sachinformationen zu entnehmen;
 - einen Sachverhalt von verschiedenen Seiten zu sehen;
 - in vielschichtigen und prozesshaften Zusammenhängen zu denken.
3. Erkennen, daß — politische Erscheinungen und Vorgänge mehrwertig und mehrdeutig sind;
 - einseitige Beschreibungen und Erklärungen einen begrenzten bzw. verfälschten Aussagewert haben;
 - Politik sich notwendigerweise auch als ein Herrschafts- und Machtverhältnis darstellt, in dem sich Konflikt- und Integrationsvorgänge abspielen;
 - Institutionen mit begrenzter Zwecksetzung, rechtliche Regelungen und ordnungspolitische Grundentscheidungen notwendig sind;
 - das Setzen von Prioritäten und das Eingehen von Kompromissen unumgänglich ist;
 - nicht nur die Entscheidungsinhalte Wirkungen auf die beteiligten und betroffenen Menschen haben, sondern auch die Verfahren, wie Entscheidungen zustandekommen.

Diese Ziele beziehen sich vorwiegend auf den kognitiven Bereich. Damit sollen affektive Ziele nicht ausgeklammert werden. Der politische Unterricht ist auch darauf angewiesen, beim Schüler Freude und Interesse an der Auseinandersetzung mit politischen Fragen zu wecken und zu entwickeln. Sie unterliegen jedoch in der politischen Bildung der verstandesmäßigen Erkenntnis und Steuerung.

Der Sozialkundeunterricht soll im Schüler den Willen zum politischen Handeln stärken. Ein Unterricht im Auftrag der Gesamtgesellschaft ist jedoch nicht zur praktischen Politik und damit auch nicht zur praktischen Austragung sozialer und politischer Konflikte legitimiert. Politische Bildung versteht sich vielmehr als Voraussetzung vernunftbestimmten und humanen Handelns. Sie bereitet so zum Handeln vor, das sich auf die politische Vernunft stützt und den demokratischen Spielregeln entspricht. Die Zielbestimmung des rationalen politischen Urteilens schließt ein, daß zur Erreichung der Ziele des Wertens (Bereitschaft), des Könnens (Fähigkeit) und des Erkennens jeweils spezifisches Sachwissen notwendig ist.

3. Anlage des Lehrplans

Die thematische Auswahl und Anordnung der Unterrichtsgegenstände berücksichtigt die Voraussetzungen und Bedürfnisse der Schüler, die Aufgaben der beruflichen Bildung und die fachliche Bedeutung.

Unter Berücksichtigung der Schülerbetreffenheit enthält der Lehrplan zunächst die Sachbereiche Arbeit - Beruf und Soziale Sicherung. Mit dem 3. Richtzielbereich „Der einzelne in Gruppen“ sollen dem Schüler persönliche Erfahrungen des Sozialverhaltens in Gruppen (besonders im Betrieb, aber auch in Familie, Schule, Freizeitgruppen) sowie deren Strukturen einsichtig gemacht werden. Auf diesen Bereich der sozialen Bildung, der für die politische Bildung besonders bedeutsam ist, jedoch mit dieser nicht identisch ist, folgt das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland. In Orientierung an der „Systemtheorie“ wird dabei von den gesellschaftlich-politischen Organisationen (4. Richtzielbereich) und den Massenmedien (5. Richtzielbereich) ausgegangen. Daran schließt sich die staatliche Ordnung (6. Richtzielbereich) an. Der Rechtsbereich (7. Richtzielbereich) stellt sowohl Grundlage als auch Ergebnis der politischen Entscheidung dar. Im 8. Richtzielbereich, „Wirtschaftspolitik“, werden entsprechend der umfassenderen Berufserfahrungen und größeren Reife der Schüler die wirtschaftlichen Zusammenhänge behandelt. Die weltwirtschaftlichen Verflechtungen leiten dann über zum außenpolitischen Fragenkreis (9. Richtzielbereich).

Die themenbereichsbezogenen Richtziele werden durch weitere Ziele ergänzt und detaillierter umschrieben. Sie sind jeweils vorangestellt und werden in der Regel durch den gesamten, auf den jeweiligen Richtzielbereich bezogenen Unterricht erreicht. Die Grobziele beziehen sich auf Unterrichtsthemen und sind in einer möglichen Verlaufsform angeordnet. Alle diese Lernziele können einander zugeordnet werden und stehen in einem Sinnszusammenhang. Die einzelnen Lernziele geben jeweils den Schwerpunkt und die Richtung der Behandlung an. Die Komplexität und Intensität des zu behandelnden Stoffes ergibt sich außerdem aus den Lernzielbegriffen (vgl. S. 2).

Der Lehrplan ist so berechnet, daß nach Durchnahme der verbindlichen Teile (Lernziele und Lerninhalte) und nach Abzug von unvermeidlichem Unterrichtsausfall und Prüfungszeit noch ein pädagogischer Freiraum übrigbleibt. Er steht für den erzieherischen Bereich des Unterrichts und für andere Tätigkeiten, die nicht der direkten Vermittlung von Lerninhalten dienen, zur Verfügung.

4. Verbindlichkeit und didaktisch-methodische Hinweise

Die angegebenen Lernziele und Lerninhalte sind grundsätzlich verbindlich. Sie lassen dem Lehrer die Freiheit zur Bestimmung von Feinzielen und zur Erweiterung und Vertiefung der Inhalte. Wo bei den Lerninhalten mehrere Beispiele aufgeführt sind, muß der Lehrer eine Auswahl treffen. Die Angaben zum Unterrichtsverfahren, Stundenumfang und zur Lernzielkontrolle sind als Anregung und unverbindliche Vorschläge anzusehen.

Der politische Unterricht muß von den Erfahrungen und Einstellungen der Schüler ausgehen. Aufgabe des Unterrichts ist es, die vielschichtigen politischen Sachverhalte zu strukturieren und durchschaubarer zu machen. Dies verlangt, daß der Blick in erster Linie auf die Ausgangssituation und den einzuleitenden Bildungsprozeß zu richten ist. Der Lehrer sollte sich deshalb bemühen, sich ein möglichst wirklichkeitsnahes Bild über die politischen Erfahrungen und Verhaltensweisen der in der jeweiligen Klasse befindlichen Jugendlichen zu verschaffen und diese bei der Unterrichtsgestaltung zu berücksichtigen.

Die Kenntnisse aus der Zeitgeschichte, die der Schüler aus der Hauptschule oder anderen Schularten mitbringt, sind bei allen dafür geeigneten Lernzielen zu aktivieren, zu ergänzen und gezielt im Unterricht zu verwenden.

Der Sozialkundeunterricht muß auch mit dem fachtheoretischen Unterricht abgestimmt werden. Die Inhalte der politischen und der beruflich-fachlichen Bildung stehen bei den einzelnen Berufen jeweils in einem spezifischen Verhältnis. Beide Bereiche haben aber ihre eigenen Ziele und Strukturen. Wo immer möglich, ist das beruflich-fachliche Sachwissen zu nutzen und zu dem gesellschaftlich-politischen Bedeutungszusammenhang in Beziehung zu setzen. Soweit das zur Beurteilung eines politischen Sachverhalts erforderliche Sachwissen in anderen Fächern vermittelt wird, kann der Sozialkundeunterricht dadurch Stofflich entlastet werden.

Im Rahmen des vorliegenden Lehrplans sind entsprechend den Bildungsvoraussetzungen und dem Leistungsvermögen der Schüler sowie der schulorganisatorischen Bedingungen Schwerpunkte zu setzen. Darüber hinaus gelten für bestimmte Schulformen folgende Regelungen:

a) Berufsgrundschuljahr – Zug J und Jungarbeiter-Klassen:

Dem Unterricht ist soweit wie möglich der Lehrplan der 3-jährigen Teilzeitberufsschule zugrunde zu legen. Den besonderen Bedingungen dieser Klassen und den Bedürfnissen der Schüler entsprechend wird daraus eine Auswahl getroffen werden müssen. Um Lernprozesse in Gang zu setzen, ist der wichtigste Schritt, die eigene Betroffenheit bewußt zu machen und die Bereitschaft zur Informationsaufnahme zu wecken. Es sind schüleraktive Unterrichtsverfahren und -methoden zu praktizieren. Lehرداریarbeiten werden zugunsten von Unterrichtsgesprächen, Gruppenarbeiten und zielorientierten Diskussionen zurücktreten.

b) Klassen mit Blockbeschulung:

Die im Lehrplan angegebenen Richtzielbereiche sollten den einzelnen Unterrichtsblöcken so zugeordnet werden, daß jeweils eine thematisch abgeschlossene Behandlung möglich ist.

c) Klassen mit ausschließlich Realischulabsolventen:

Grundsätzlich werden an diese Schüler im Fach Sozialkunde die gleichen Anforderungen wie an die Schüler der 3-jährigen Teilzeitberufsschule gestellt. Soweit jedoch solche Schüler nur 2 Jahre die Berufsschule besuchen und die schulorganisatorische Möglichkeit besteht, empfiehlt es sich, die Richtzielbereiche 5 (Massenmedien) und 9 (Außenpolitik) ganz zu streichen und den Richtzielbereich 6 (Staatliche Ordnung) in Auswahl zu behandeln.

- d) **Stufenausbildung:**
Der Lehrplan für die 10. und 11. Jahrgangsstufe gilt auch für die Grund- und erste Fachstufe. In der zweiten Fachstufe (3. und 4. Ausbildungsjahr) werden die Themenbereiche der 12. Jahrgangsstufe unterrichtet. Soweit für einzelne Klassen mehr Unterrichtszeit als im Lehrplan vorgesehen zur Verfügung steht, sind die ausgewiesenen Lerninhalte vertieft zu behandeln.
- e) **2-jährige Ausbildungsberufe:**
In Fachklassen der zweijährigen Ausbildungsberufe ist der Lernstoff der Teilzeitberufsschule zu vermitteln. Die dafür vorgesehene Themenbereiche sind entsprechend der zeitlichen Gliederung auf die zwei Schuljahre aufzuteilen.
- f) **2-jährige Berufsfachschulen:**
Soweit in der Regel alle Schüler während der gesamten Schuldauer in geschlossenen Fachklassen geführt werden, kann das 2. Schuljahr dadurch stofflich entlastet werden, daß Teile der für das 2. Schuljahr vorgesehenen Themen bereits im 1. Schuljahr vermittelt werden.
- g) **Berufsgrundschuljahr Berufsfeld Wirtschaft und Verwaltung und Berufsfachschulen für Wirtschaft:**
Die notwendige Abstimmung mit den fachlichen Lerninhalten erfolgt bei der Erstellung der fachlichen Lehrpläne. Soweit solche schon erlassen sind, ergeht eine Regelung durch KM-Schreiben.

LEHRPLAN

- 10. Jahrgangsstufe: Vollzeitunterricht (Berufsgrundschuljahr und Berufsfachschule)**
- 1. Fähigkeit, die Abhängigkeit der Arbeit und des Berufs von politischen Entscheidungen im Zusammenhang mit wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen zu bestimmen**
 - Einsicht, daß die Abstimmung zwischen Ausbildungs- und Beschäftigungssystem eine politische Aufgabe ist
 - Fähigkeit zur Einbeziehung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Gesichtspunkte in eine rationale begründete Berufswahl
 - Bereitschaft zum Kompromiß zwischen individuellen Berufsneigungen einerseits und objektiven Berufsanforderungen andererseits
 - Bereitschaft, die Chancen und Gefahren der Berufsarbeit für die Selbstverwirklichung zu durchdenken
 - Bereitschaft zum Lernen, zur Fort- und Weiterbildung und zur beruflichen Mobilität

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLEN
<p>1.1 Bewußtsein von der Bedeutung der beruflichen Arbeit für das eigene Leben und für die Gesellschaft</p>	<p>Bedeutungsmerkmale der Berufstätigkeit:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Materielle Grundlagen (Existenzsicherung) - Physische und geistige Anforderungen; psychische Auswirkungen (z. B. auf das Selbstwertgefühl, Sozialverhalten) - Funktionen der Berufstätigkeit im Wirtschaftsprozeß 	<p>Erarbeiten der Gesichtspunkte durch Auswertung von Arbeitsplatzbedingungen (Einsatz eines Bewertungsbogens für einen Arbeitsplatz) in Gruppen</p>	<p>Darstellung von wesentlichen Bedeutungsmerkmalen des angestrebten Berufs</p>
<p>1.2 Einsicht in die Abhängigkeit der Veränderungen beruflicher Tätigkeiten von politischen Bedingungen und Entscheidungen</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Merkmale gesellschaftlicher Einschätzung, z. B. Verdienst, Verantwortung, Ausbildung 	<p>Auswerten einer Berufsprestigeskala und eines Schaubildes über den Gesellschaftsaufbau</p> <p>Problemorientiertes Unterrichtsgespräch über den Stellenwert der einzelnen Bedeutungsmerkmale</p>	<p>Begründung der veränderten Tätigkeitsmerkmale des angestrebten Berufes</p>

(1 Std.)

LEHRMATERIALIEN

LEHRMATERIALIEN

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLEN
<p>1.3 Einsicht in Chancen und Grenzen der freien Berufsentscheidung</p>	<p>Ursachen: politische Bedingungen und Entscheidungen im Zusammenhang mit z. B. wirtschaftlichen und technischen Entwicklungen (Technisierungsgrad, Produktivität), konjunkturellen Schwankungen, veränderter Bedürfnisstruktur, gesellschaftlichen Wertvorstellungen</p>	<p>Herausarbeiten der für den jeweiligen Beruf maßgebenden Gesichtspunkte und der möglichen Zusammenhänge zwischen wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Entwicklung im Unterrichtsgespräch (3 Std.)</p>	
	<p>Berufswahlmotive und ihre Herkunft: z. B. Tradition, Mode, Verdienstaussichten, Neigungen, Ausbildungsplatzangebot</p>	<p>Sammeln der Gesichtspunkte und Gewichtung im Unterrichtsgespräch; Anknüpfen an den Abschnitt „Soziale Frage“ des Hauptschullehrplans</p>	<p>Stellungnahme zur eigenen Berufsentscheidung oder zu einem aktuellen Fall</p>
	<p>Industrialisierung und Berufswahlfreiheit</p>	<p>Auswerten von Texten über die vorindustrielle Berufswahlsituation in Gruppen und Herausarbeiten der Unterschiede im Vergleich zur industriellen Berufswahlsituation im Unterrichtsgespräch</p>	
	<p>Grundrecht auf freie Berufswahl Grenzen und notwendige Einschränkungen der Berufswahlfreiheit (z. B. wirtschaftliche Bedingungen, Schutz wichtiger Gemeinschaftsgüter, Gemeinwohlverpflichtung)</p>	<p>Erläutern des Art. 12 GG und Art. 166 der Bayerischen Verfassung an Hand aktueller Fälle (z. B. Frage des Rechts auf einen Arbeitsplatz) (2 Std.)</p>	

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLEN
<p>1.4 Kenntnis von Gründen für die öffentliche Verantwortung in der beruflichen Bildung</p>	<p>Berufsbildungspolitische Zielvorstellungen: - Verbesserung der Bildungs- und Wirkungsmöglichkeiten für den einzelnen - Steigerung der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit - Streben nach einer ausgewogenen Gesellschaftsentwicklung und -struktur - Bedeutung staatlicher Regelungen im Bereich der beruflichen Bildung</p>	<p>Ausgehend von aktuellen kontrollierten Meinungen als Einstieg Auswerten von Textauszügen (z.B. bildungspolitische Aussagen von Parteien und Verbänden), Herausarbeiten der gemeinsamen Zielvorstellungen und Erläutern an jeweils einem Beispiel</p>	<p>Überprüfung der Argumente in ausgewählten Stellungnahmen</p>
<p>1.5 Kenntnis der beruflichen Bildungsmöglichkeiten</p>	<p>Notwendigkeit beruflicher Bildung, Berufsschulpflicht Berufliche Schularten: Eingangsvoraussetzungen und Bildungsziele Stellung der Berufsschule im Rahmen des „dualen“ Ausbildungssystems Außerschulische Bildungsangebote und berufliche Umschulung</p>	<p>Erstellen einer Übersicht über das berufliche Schulwesen (ev. nach einer Auswertung der einschlägigen Art. des GbSch in Gruppenarbeit) Unterrichtsgespräch über spezifische, auf die jeweilige Fachklasse bezogenen Bildungsgänge</p>	<p>Wiedergabe der wesentlichen Merkmale und Darstellung von möglichen Bildungsgängen</p>

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLEN
<p>1.6 Einsicht in Probleme der betrieblichen Ausbildung im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Unternehmenszielen</p>	<p>Betriebswirtschaftliche Ziele: Gewinnmaximierung, Rentabilität, Produktivität, Wachstum Kurz- und langfristige Aspekte der Rentabilität, Ausbildungsaufwendungen</p> <p>Rechtliche Regelungen des Ausbildungsverhältnisses: Quellen, grundlegende Bestimmungen, Überwachung Arbeitsschutzvorschriften für Auszubildende (z. B. Arbeitszeit, Urlaub, Kündigung, Gesundheitsvorsorge)</p>	<p>Erarbeiten im Unterrichtsgespräch (Klären der Fachbegriffe mit Hilfe eines Nachschlagebuchs) zur Klärung von Detailfragen</p> <p>Veranschaulichen statistischer Erhebungen</p> <p>Auswerten von ausgewählten Textauszügen aus dem Berufsbildungsgesetz, den Ausbildungsordnungen und dem Jugendarbeitsschutzgesetz in arbeitsteiligen Gruppen</p> <p>Zielorientiertes Unterrichtsgespräch über Ausbildungsprobleme</p>	<p>Erläuterung wichtiger Rechtsgrundsätze und Nennung der Fundstellen</p> <p>Klärung von Detailfragen</p> <p>Darlegung und Begründung verschiedener Standpunkte</p>

(3 Std.)

2. Fähigkeit, die soziale Sicherung im Zusammenhang mit sozialen Problemen der modernen Industriegesellschaft und mit den Leistungen des Sozialstaates zu sehen sowie persönlich zu nutzen

- Einsicht in die Abhängigkeit des sozialen Sicherungssystems von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen sowie der politischen Ordnung
- Einsicht in die zunehmende Bedeutung der Sozialpolitik als Grundlage, aber auch als Beschränkung persönlicher Freiheit
- Bewußtsein, daß die Schaffung rechtlicher Grundlagen und staatliche Leistungen allein nicht ausreichen, um eine humane Gesellschaft zu erreichen
- Bereitschaft, über die obligatorischen Sozialmaßnahmen hinaus, eigene Vorsorge zu treffen

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLEN
2.1 Bewußtsein von der Notwendigkeit staatlicher Regelungen zur sozialen Sicherung	Abhängigkeit der Unselbständigen in der industriellen Arbeitswelt vom Einkommen Risiken des Arbeitslebens: Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter, Arbeitslosigkeit Gefährdungen durch wirtschaftlichen Strukturwandel	Vergleichen der Situation Unselbständiger in der vorindustriellen mit der in der industriellen Arbeitswelt Veranschaulichen der Zunahme der Unselbständigenzahl Darstellen einer möglichen sozialen Notlage an einem Beruf	Erläutern der Gründe für die Schaffung eines umfassenden sozialen Sicherungssystems
2.2 Überblick über die Herausbildung einer umfassenden sozialen Sicherung auf Grund gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Bedingungen	Geschichtl. Entwicklung der Sozialpolitik: - Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und des Arbeitsschutzes - Träger und Initiatoren (z.B. Kirchen, Gewerkschaften, Unternehmer, Staat) - Motive (z. B. zur Linderung der Not, zur Vermeidung gesellschaftlicher Unruhen)	Erläutern einer Übersicht über die wesentlichen geschichtlichen Stationen Auswerten zeitgenössischer Berichte und Stellungnahmen in arbeitsteiligen Gruppen Zielorientiertes Unterrichtsgespräch über die Bedeutung der einzelnen Motive	Zusammenfassung der wichtigsten Daten und Gesichtspunkte

(1 Std.)

(2 Std.)

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLEN
<p>2.3 Kenntnis der wichtigsten Bestimmungen des Arbeitsschutzes und der Pflichtversicherungen</p>	<p>Arbeitsschutz: Arbeitszeitregelung, Urlaub, Kündigung; Mutterschutz Sozialversicherungen: Renten- und Angestelltenversicherung Krankenversicherung Unfallversicherung Arbeitslosenversicherung (Träger, Versicherungspflichtige, Beiträge und Leistungen, Meldeverfahren)</p>	<p>Auswerten von ausgewählten Texten bei vorgegebenen Fragen in arbeitsteiliger Gruppenarbeit oder Einzelarbeit Zusammenstellen einer tabellarischen Übersicht (3 Std.)</p>	<p>Wiedergabe wesentlicher Bestimmungen Nennung der Fundstelle bei Detailfragen</p>
<p>2.4 Kenntnis der freiwilligen Möglichkeiten der sozialen Sicherung und deren gesellschaftspolitischen Bedeutungen</p>	<p>Individualversicherungszweige: Sach-, Personen-, Vermögensversicherung Vermögensbildung Berufliche Absicherung</p>	<p>Auswerten von Unterlagen in Einzel- oder Gruppenarbeit Durchrechnen des Kapitalzuwachs an einem Beispiel Zusammenfassen im Unterrichtsgespräch (2 Std.)</p>	<p>Beantwortung vorgegebener Fragen und Nennung der wichtigsten Gesichtspunkte</p>
<p>2.5 Kenntnis der Organisationsprinzipien sozialer Sicherung</p>	<p>Versicherung-Vorsorge (Risikogemeinschaft, Freiwilligkeit oder Pflicht) Versorgung-Wohlfahrtsstaatsidee (Finanzierung aus Steuermitteln, Entschädigungen z. B. von Kriegsoffern) Sozialhilfe-Fürsorge (besondere Notlagen) Vor- und Nachteile der Prinzipien (Eigenverantwortung, Solidaritäts- und Subsidiaritätsprinzip)</p>	<p>Ausgehend von den Finanzierungsarten der Sozialversicherungen (vgl. Lernziel 2.3) Herausarbeiten der Grundsätze im Unterrichtsgespräch und Gegenüberstellung in einer Übersicht Problemorientiertes Unterrichtsgespräch (2 Std.)</p>	<p>Erläuterung der Begriffe und Darstellung der grundlegenden Gesichtspunkte</p>

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLEN
<p>2.6 Einsicht in grundsätzliche Probleme des wachsenden staatlichen Anteils an der sozialen Sicherheit</p>	<p>Finanzierung und Verteilung der Sozialleistungen (Mitgliedsbeiträge, öffentliche Mittel, Ausgleichsmaßnahmen) Wechselwirkungen von Wirtschaft-, Finanz- und Sozialpolitik Sozialstaatliche Verpflichtungen im GG und in der Weimarer Verfassung Spannung zwischen Sicherheits- und Freiheitsansprüchen des Bürgers</p>	<p>Gegenüberstellung kontroverser Meinungen an einem aktuellen Thema (z.B. Finanzierung der Rentenversicherung) als Einstieg Auswerten statistischer Unterlagen über das Sozialbudget und Veranschaulichen in einem Schaubild Vergleichen der einschlägigen Verfassungartikel Herausarbeiten der Grundprobleme im Unterrichtsgespräch (2 Std.)</p>	<p>Stellungnahmen zu den wichtigsten Problempunkten und Abgrenzung sozialpolitischer Standpunkte</p>
<p>2.7 Überblick über grundsätzliche Standpunkte zur Weiterentwicklung der sozialen Sicherheit</p>	<p>Gesellschaftspolitische Zielsetzungen Stellenwert der Sozialpolitik im Rahmen eines politischen Gesamtkonzeptes Auffassungen zu aktuellen Problemen (z. B. Verbesserung des Versicherungswesens, Vermögensbildung)</p>	<p>Auswerten von Programmen und Stellungnahmen in Gruppen Gegenüberstellung in einer Übersicht Problemorientiertes Unterrichtsgespräch über Realisierungschancen einzelner Vorhaben</p>	<p>Zusammenfassung der Gemeinsamkeiten und Unterschiede sozialpolitischer Standpunkte</p>

LEHRPLÄNE

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLEN
<p>2.6 Einsicht in grundsätzliche Probleme des wachsenden staatlichen Anteils an der sozialen Sicherheit</p>	<p>Finanzierung und Verteilung der Sozialleistungen (Mitgliedsbeiträge, öffentliche Mittel, Ausgleichsmaßnahmen) Wechselwirkungen von Wirtschaft-, Finanz- und Sozialpolitik Sozialstaatliche Verpflichtungen im GG und in der Weimarer Verfassung Spannung zwischen Sicherheits- und Freiheitsansprüchen des Bürgers</p>	<p>Gegenüberstellung kontroverser Meinungen an einem aktuellen Thema (z.B. Finanzierung der Rentenversicherung) als Einstieg Auswerten statistischer Unterlagen über das Sozialbudget und Veranschaulichen in einem Schaubild Vergleichen der einschlägigen Verfassungartikel Herausarbeiten der Grundprobleme im Unterrichtsgespräch (2 Std.)</p>	<p>Stellungnahmen zu den wichtigsten Problempunkten und Abgrenzung sozialpolitischer Standpunkte</p>
<p>2.7 Überblick über grundsätzliche Standpunkte zur Weiterentwicklung der sozialen Sicherheit</p>	<p>Gesellschaftspolitische Zielsetzungen Stellenwert der Sozialpolitik im Rahmen eines politischen Gesamtkonzeptes Auffassungen zu aktuellen Problemen (z. B. Verbesserung des Versicherungswesens, Vermögensbildung)</p>	<p>Auswerten von Programmen und Stellungnahmen in Gruppen Gegenüberstellung in einer Übersicht Problemorientiertes Unterrichtsgespräch über Realisierungschancen einzelner Vorhaben</p>	<p>Zusammenfassung der Gemeinsamkeiten und Unterschiede sozialpolitischer Standpunkte</p>

LEHRPLÄNE

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLEN
<p>2.6 Einsicht in grundsätzliche Probleme des wachsenden staatlichen Anteils an der sozialen Sicherheit</p>	<p>Finanzierung und Verteilung der Sozialleistungen (Mitgliedsbeiträge, öffentliche Mittel, Ausgleichsmaßnahmen) Wechselwirkungen von Wirtschaft-, Finanz- und Sozialpolitik Sozialstaatliche Verpflichtungen im GG und in der Weimarer Verfassung Spannung zwischen Sicherheits- und Freiheitsansprüchen des Bürgers</p>	<p>Gegenüberstellung kontroverser Meinungen an einem aktuellen Thema (z.B. Finanzierung der Rentenversicherung) als Einstieg Auswerten statistischer Unterlagen über das Sozialbudget und Veranschaulichen in einem Schaubild Vergleichen der einschlägigen Verfassungartikel Herausarbeiten der Grundprobleme im Unterrichtsgespräch (2 Std.)</p>	<p>Stellungnahmen zu den wichtigsten Problempunkten und Abgrenzung sozialpolitischer Standpunkte</p>
<p>2.7 Überblick über grundsätzliche Standpunkte zur Weiterentwicklung der sozialen Sicherheit</p>	<p>Gesellschaftspolitische Zielsetzungen Stellenwert der Sozialpolitik im Rahmen eines politischen Gesamtkonzeptes Auffassungen zu aktuellen Problemen (z. B. Verbesserung des Versicherungswesens, Vermögensbildung)</p>	<p>Auswerten von Programmen und Stellungnahmen in Gruppen Gegenüberstellung in einer Übersicht Problemorientiertes Unterrichtsgespräch über Realisierungschancen einzelner Vorhaben</p>	<p>Zusammenfassung der Gemeinsamkeiten und Unterschiede sozialpolitischer Standpunkte</p>

3. Fähigkeit, sich in der Gruppeneigenschaft zu orientieren und die eigene Stellung zu bestimmen

- Einsicht in Bedingungen des menschlichen Zusammenlebens
- Einsicht, daß berechnete Ansprüche des einzelnen mit den Notwendigkeiten des Zusammenlebens aller in Einklang gebracht werden müssen
- Bereitschaft, die Standpunkte, Verschiedenheit, Freiheit anderer zu respektieren
- Bereitschaft, Vorurteile bewußt zumachen und abzubauen
- Bereitschaft, Konflikte durchzustehen und rational auszutragen

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLEN
<p>3.1 Überblick über die Einbindung des einzelnen in verschiedene soziale Umfelder</p>	<p>Primärgruppen: Familie, Freundeskreis Sekundärgruppen: Schule, Betrieb, Verbände, Parteien Politische Großgruppen: Gemeinde, Staat Gruppenverhalten, -merkmale Angewiesensein des Menschen auf die Gemeinschaft</p>	<p>Sammeln der Gruppenzugehörigkeiten der Schüler und Darstellen in einem Schaubild Herausarbeiten grundlegender Gruppenmerkmale an einem Beispiel im Unterrichtsgespräch Erarbeiten der Unterscheidungsmerkmale in arbeitsteiligen Gruppen (1 Std.)</p>	<p>Darstellung von Gruppenzugehörigkeiten Beschreibung einer Gruppe aus dem persönlichen Erfahrungsbe reich</p>
<p>3.2 Einsicht in die Bedingtheit der sozialen Rollen und der Ursachen von Rollenkonflikten</p>	<p>Rollen in Familie und/oder Betrieb, Schule, z. B. der Kinder, der Eltern; des Schülers, des Lehrers; des Auszubildenden, des Ausbilders Rollenerwartungen und Normen, Abhängigkeiten von sozialen und persönlichen Bedingungen Rollenkonflikte als Folge widersprüchlicher Rollenerwartungen (z.B. Jungendlicher als Mitglied der Familie und einer Freizeitgruppe) Spannung zwischen Freiheit und Zwang</p>	<p>Erarbeiten im Unterrichtsgespräch durch Auswertung eines Falles (z. B. Generationenkonflikt) Darstellen des Problems aus der Sicht der Jugendlichen und der Eltern bzw. des Ausbilders Klären der Fachbegriffe mit Hilfe von Nachschlagewerken Beschreiben von Rollenerwartungen aus dem Erfahrungsbereich der Schüler in Gruppen Erstellen eines Schaubildes Problemorientiertes Unterrichtsgespräch über das Spannungsverhältnis zwischen Anpassung und Selbstbestimmung (3 Std.)</p>	<p>Erläuterung der Grundbegriffe und Anwendung bei der Beschreibung von Konfliktsituationen</p>

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLEN
<p>3.3 Einblick in grundlegende Strukturen und Beziehungen in Kleingruppen</p>	<p>Rollenzuweisungen: Führungs-, Oppositions-, Integrations-, Außenseiter-, Sündenbockrollen</p> <p>Motive, die im Zusammenleben von Menschen bedeutsam sind: Zuneigung - Rivalität; Konflikterregung - Konfliktvermeidung; Bedürfnis nach Beteiligung aller Gruppenmitglieder, nach Differenzierung und Polarisierung innerhalb der Gruppe, nach Abwendung von der Gruppe</p> <p>Mehrwertigkeit dieser Motive</p>	<p>Darstellen einer Modellsituation aus dem Erfahrungsbereich der Schüler (z.B. Freizeitgruppe) oder Auswerten einer Filmszene</p> <p>Herausarbeiten der Motive in Gruppen</p>	<p>Benennung von Rollen in Gruppen bei typischem Gruppenverhalten</p>
<p>3.4 Bereitschaft, Interessenssätze und Meinungsverschiedenheiten menschenwürdig auszutragen</p>	<p>Bemühen, auf den anderen einzugehen und andere Meinungen zu respektieren</p> <p>Regelung des Konfliktaustragens:</p> <ul style="list-style-type: none"> - mit Zwang (einer übergeordneten Instanz) - ohne äußeren Zwang - durch Übereinkunft 	<p>Problemorientiertes Unterrichtsgespräch über die Bedeutung der Motive</p> <p>(2 Std.)</p> <p>Auswerten eines „Streitfalles“ (Filmszene oder Rollenspiel)</p>	<p>Bewertung bestimmter Verhaltensweisen</p>

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLEN
3.5 Einsicht in zwischenmenschliche Beziehungen in Betrieben	<p>Betriebsart der jeweiligen Fachklasse:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Formelle Beziehungen: Anweisungsgefüge, Zuständigkeiten und Personalstruktur - Informelle Beziehungen und Gruppen: Markmale und Verhalten <p>Grundlegende Bestimmungen der betrieblichen Mitbestimmung: Geltungsbereich, Betriebsrat und Jugendvertretung (Aufgaben, Rechte)</p>	<p>Diskussion der Schülererfahrungen</p> <p>Auswerten von Textauszügen und ausgewählten Art. des Betriebsverfassungsgesetzes in arbeitsteiligen Gruppen</p> <p>Zusammenfassende Diskussion über die Zweckmäßigkeit der Regelung betrieblicher Mitbestimmung</p> <p>(3 Std.)</p>	<p>Darlegung und Begründung verschiedener Standpunkte unter Nennung wichtiger Rechtsgrundlagen</p>
3.6 Einblick in das Ringen um die Einführung bzw. Erweiterung betrieblicher Mitbestimmungsrechte seit der Industrialisierung	<p>Wichtige Stationen der geschichtlichen Entwicklung betrieblicher Mitbestimmung:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Einrichtung freiwilliger Arbeitersausschüsse und erste staatliche Regelungen - Arbeitersausschüsse und Betriebsräte in der Weimarer Zeit - Aufgaben der Deutschen Arbeitsfront auf betrieblicher Ebene im Dritten Reich - Mitbestimmung in der Montanindustrie und Betriebsverfassungsgesetz 1952 	<p>Darstellen der Forderungen wichtiger Gruppen und der historischen Bedingungen durch Anknüpfung an den Geschichtsstoff der Hauptschule</p> <p>Auswerten von Textauszügen (z. B. aus dem kaiserlichen Erlass von 1890, den Forderungen von gesellschaftlichen und politischen Gruppen, dem Betriebsrätegesetz von 1920, dem Gesetz zur Ordnung der Nationalen Arbeit von 1934)</p> <p>Zusammenfassen in einer schematischen Übersicht</p> <p>(2 Std.)</p>	<p>Mündliche Wiedergabe wesentlicher Merkmale der einzelnen Regelungen und des jeweiligen gesellschaftspolitischen Zusammenhangs</p>

4. Fähigkeit, im Rahmen organisierter Interessenwahrnehmung an der gesellschaftlichen und politischen Willensbildung teilzunehmen

- Einblick in die pluralistische Struktur unserer Gesellschaft
- Bewußtsein von der Bedeutung eines offenen pluralistischen Verbandswesens für die freiheitlich-demokratische Gesellschaft
- Einsicht in die Notwendigkeit von Institutionen und Regelungen für das Zusammenleben
- Bereitschaft, bei gemeinsamem Handeln, die Eigenverantwortung zu tragen

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLEN
<p>4.1 Bewußtsein von der Notwendigkeit und der Bedeutung organisierter Interessenwahrnehmung</p>	<p>Zusammenschlüsse als Voraussetzung für Einflußnahme in der Massengesellschaft:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bündeln, Filtern und Durchsetzen von Interessen - Organisationsfreiheit als Bestandteil freiheitlicher demokratischer Ordnung - Spannung zwischen Solidarität und Eigenverantwortung 	<p>Anknüpfen an den Rollenbegriff (vgl. Lernziel 3.2) und Darstellen in einer Übersicht</p> <p>Erarbeiten im Unterrichtsgespräch</p> <p>Hinweisen auf Art. 9 und 5 GG</p> <p>Herausarbeiten der Frage nach der Verantwortung für bestimmte Folgen bei einer gemeinsamen Aktion</p>	<p>Begründung des Zusammenhangs von gesellschaftlicher und politischer Ordnung</p>
<p>4.2 Einblick in die Herausbildung der vielfältigen gesellschaftlichen und politischen organisierten Gruppen im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Differenzierung und der politischen Demokratisierung</p>	<p>Entstehungsgründe für organisierte Gruppen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Stellung des Menschen in der Arbeits- u. Wirtschaftswelt - Durchlässigkeit gesellschaftlicher Schichten und Überschneidung vieler Lebensbereiche - zunehmende Ausbreitung der staatlichen Tätigkeit und der demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten <p>Interessenverbände und Parteien: grundsätzliche Beziehungen</p>	<p>Aufriß der Problemstellungen im Lehrentwurf mit Medieneinsatz</p> <p>Darstellen der geschichtlichen Entwicklungen von der ständisch-korporativen zur modernen pluralistischen Gesellschaft im Gruppenunterricht</p> <p>Hinweisen auf die Auflösung bzw. Gleichschaltung von Verbänden im Dritten Reich</p> <p>Zusammenfassen in Thesen</p> <p>Herausarbeiten des Verhältnisses von Interessenverbänden und Parteien im Unterrichtsgespräch</p> <p>Beispiele</p>	<p>Zusammenfassung der wesentlichen Entwicklungslinien unter Betonung der hervorstechenden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Verbindungen</p> <p>(1 Std.)</p> <p>(2 Std.)</p>

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLEN
<p>4.3 Kenntnis grundlegender Aufgaben und der Organisation von Interessenverbänden</p>	<p>Interessenverbände innerhalb des Wirtschafts- und Arbeitsbereichs, z. B.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Unternehmerische Interessenvertretung - Arbeitnehmerorganisationen: Gewerkschaften u. a. - Berufsverbände der Selbständigen, Deutscher Bauernverband <p>Ziele, Eigenschaften (insbesondere Tariffähigkeit, Tarifvertrag, Schlichtung, Streik und Aussperrung)</p> <p>Aufbau- und Gliederungsprinzipien, Stellung im Verbandswesen</p> <p>Einschränkung der gerechten Interessenvertretung: Interessen mit geringer Organisierbarkeit und Konfliktfähigkeit, Interessenspannungen und -ver-zerrungen innerhalb von Verbänden</p>	<p>Sammeln der den Schülern bekannten Verbände und Einordnung nach ihren Zwecken</p> <p>Exemplarische eingehende Behandlung der für die jeweilige Berufssparte bedeutenden Verbände in arbeitsteiligen Gruppen (Auswertung von Satzungen und Zusammenfassung in Übersichten)</p> <p>Vergleichen mit den Aufgaben der Verbände im NS-Staat</p>	<p>Wiedergabe der Aufgaben und Organisation von Verbänden der jeweiligen Berufssparte</p>
<p>4.4 Einsicht in Funktionen und Bedeutung der politischen Parteien für die politische Handlungsfähigkeit des Volkes</p>	<p>Zentrale Stellung der Parteien im politischen Willensbildungsprozess:</p> <ul style="list-style-type: none"> - politische Gesamtvorstellungen entwickeln und durchzusetzen versuchen - Anfliegen mehrerer gesellschaftlicher Gruppen politisch zur Geltung zu bringen - Kandidaten zur Wahl anbieten und Regierungsverantwortung übernehmen 	<p>Herausarbeiten der Merkmale durch Abgrenzung von den Verbänden im Unterrichtsgespräch (vergleichende Gegenüberstellung in einer Übersicht)</p> <p>Auswerten des Art.21 GG und der §§ 1 und 2 des Parteiengesetzes</p> <p>Anknüpfen an den Geschichtsstoff der Hauptschule über die Rolle der Parteien in der Weimarer Republik und der Einheits-</p>	<p>Darstellung der wichtigsten Merkmale in einer Übersicht und Begründung des Stellenwertes von politischen Parteien in einer parlamentarischen Demokratie</p> <p>(3 Std.)</p>

LERNZIELE

LERNINGHALTE

UNTERRICHTSVERFAHREN

LERNZIELKONTROLLEN

Verfassungsrechtlich hervor-
gehobene Stellung der Parteien
(Parteiengründung und -verbot)
Innere Ordnung der Parteien und
innerparteiliche Willensbildung
Grundsatzpositionen der Partei-
en, z.B. zur Wirtschafts- und
Gesellschaftspolitik, Außenpoli-
tik

partei im NS-Staat
Darstellen der geschichtlichen
Erfahrungen und deren Berück-
sichtigung bei der Schaffung
des GG
Herausarbeiten grundlegender
Gemeinsamkeiten und wesent-
licher Unterscheidungsmerk-
male mit Hilfe von Textauszü-
gen in arbeitsteiligen Gruppen
oder Einzelarbeit und Zusam-
menfassen in einer Übersicht

(3 Std.)

4.5 Einblick in Verfahren, Ri-
siken und Chancen bei der
Durchsetzung von Gruppen-
interessen

Adressaten des Einflusses:
z. B. Parteien, Parlamente, Re-
gierung, Massenmedien
Methoden: z. B. Information,
Beratung, Kontrolle, Koopera-
tion, Personalpolitik

Notwendigkeit und Bedeutung
von rechtlichen Regelungen

Erarbeiten einer schematischen
Übersicht
Exemplarisch erarbeiten an
einem aktuellen Fall (Auswerten
eines Filmes oder Heranziehung
praktischer Beispiele)
Hinweisen auf das Zusammenar-
beiten extremer Verbände und
Parteien in den Krisenjahren der
Weimarer Republik
Problemorientiertes Unterrichts-
gespräch, z. B. über Fragen der
Verbandskontrolle

Wiedergabe der wichtigsten Ge-
sichtspunkte und Erklärung der
verwendeten Begriffe

(1 Std.)

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLEN
4.6 Überblick über Möglichkeiten, Meinungen und Interessen in organisierten Gruppen zur Geltung zu bringen	Geschäftsordnungsbestimmungen (z. B. über Einberufung, Leitung und Beschlussfähigkeit, Versammlung, Abstimmungen) Diskussions- und Verhandlungstechniken (z. B. Absprachen, Wortmeldungen) Notwendigkeit von Kompromissen und der Respektierung von Mehrheitsentscheidungen	Erarbeiten allgemeiner Regeln aus Textauszügen in Gruppen Auswerten von Filmausschnitten über eine Versammlung im Hinblick auf typische Verhaltensweisen Problemorientiertes Unterrichtsgespräch (1 Std.)	Zusammenfassung der wichtigsten Regeln und Erklärung der Begriffe
5. Fähigkeit, Informationsangebote von Massenkommunikationsmitteln kritisch zur selbständigen Urteilsbildung zu nutzen			Fähigkeit, Informationen bewußt aufzunehmen und auszuwählen Fähigkeit, Informationen auf ihren Wahrheitsgehalt zu befragen und typische Verfälschungstendenzen zu benennen Einsicht in medienspezifische Wirklichkeitsdarstellungen Bereitschaft, in wichtigen Fragen verschiedene Informationsquellen heranzuziehen Bereitschaft, auf Grund neuer Informationen die bisherige Meinung zu überprüfen

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLEN
5.1 Bewußtsein der Bedeutung von Presse, Rundfunk und Fernsehen für die Information und Meinungsbildung in einer freiheitlich-demokratischen Massengesellschaft	<p>Öffentliche Aufgabe der Massenmedien</p> <p>Mitwirkung am politischen Meinungsbildungs- und Willensbildungsprozeß durch</p> <ul style="list-style-type: none"> - Information - Meinungsspiegelung - Kontrolle und Kritik <p>Wirksamkeit und Beeinflussung der Massenmedien</p>	<p>Unterrichtsgespräch, z. B. über die Gründe für den Kauf einer Zeitung</p> <p>Herausarbeiten der Aufgaben aus Textauszügen und Hinweisen auf die Rolle der Massenmedien in autoritären und totalitären Staaten als wichtiges Herrschaftsinstrument</p> <p>Problemdiskussion, z. B. über die Beeinflussung bei Wahlen</p>	<p>Darstellung und Begründung der Notwendigkeit von Massenmedien in einer Demokratie</p>
5.2 Fähigkeit, Aussagenweisen und Gestaltungsmittel in Massenmedien festzustellen	<p>Aussageweisen: Nachrichten, Kommentar, Leitartikel, Reportage</p> <p>Gestaltungsmittel: Räumliche und zeitliche Anordnung, Drucksatz, Hintergrund</p> <p>Wirkung, z. B. Aussagekraft, Informationsfähigkeit</p>	<p>Auswerten von Tageszeitungen in Gruppen</p> <p>Vergleichen verschiedener gestalteter Berichte über den gleichen Sachverhalt</p> <p>Problemorientiertes Unterrichtsgespräch über mögliche Wirkungen</p> <p>(Anmerkung: Abstimmen dieser Unterrichtseinheit mit Deutsch)</p> <p>(2 Std.)</p>	<p>Bestimmung der Aussagenweisen bei vorgegebenen Textauszügen aus Zeitungen</p>

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLEN
<p>5.3 Kenntnis von Faktoren, die einer objektiven Informationsvermittlung im Wege stehen</p>	<p>Subjektive Einstellung des Informanten und der am Zustandekommen Beteiligten Notwendigkeit und Gefahren vereinfachter Wirklichkeitsdarstellungen Interessenbedingte Abhängigkeiten (z. B. politische Verbindungen, Einflüsse des Verlegers, der Käufer, der Werbung)</p>	<p>Darstellen der wichtigsten Stationen vom Ereignis bis zur Veröffentlichung in einem Schaubild Unterrichtsgespräch über die Gründe für jeweils mögliche Informationsverzerrungen und Ordnern der festgestellten Faktoren</p>	<p>Erläuterung der Schwierigkeiten einer möglichst objektiven Informationsvermittlung</p>
<p>5.4 Einsicht in die Bedeutung und Notwendigkeit des Schutzes der Informationsfreiheit und des Gebotes journalistischer Fairneß auf Grund unvermeidlicher persönlicher Färbung jeder Berichterstattung und interessebedingter Einflüsse</p>	<p>Grundrecht der Meinungs- und Informationsfreiheit Problem der Pressekonzentration Ausgewählte presserechtliche Bestimmungen (z. B. Informationsrecht, Gegendarstellungsanspruch) oder Struktur der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (Finanzierung, Aufsichtsgremien, Gefahren der Monopolstellung)</p>	<p>Auswerten des Art.5 des GG und von Auszügen aus den Verordnungen vom Februar 1933 Auswerten statistischer Unterlagen und Veranschaulichen in einem Schaubild Darstellen an einem Beispiel Erstellen einer Übersicht Auswerten eines aktuellen Falles im Unterrichtsgespräch</p>	<p>Begründung der rechtlichen Grundlagen</p>

(1 Std.)

(2 Std.)

10. Jahrgangsstufe: Teilzeitunterricht (Berufsschule)

- 1. Fähigkeit, die Abhängigkeit der Arbeit und des Berufs von politischen Entscheidungen im Zusammenhang mit wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen zu bestimmen**
- Einsicht, daß die Abstimmung zwischen Ausbildungs- und Beschäftigungssystem eine politische Aufgabe ist
 - Bereitschaft zum Kompromiß zwischen individuellen Berufsneigungen einerseits und objektiven Berufsanforderungen andererseits
 - Bereitschaft, die Chancen und Gefahren der Berufsarbeit für die Selbstverwirklichung zu durchdenken
 - Bereitschaft zum Lernen, zur Fort- und Weiterbildung und zur beruflichen Mobilität

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLEN
<p>1.1 Bewußtsein von der Bedeutung der beruflichen Arbeit für das eigene Leben und für die Gesellschaft</p>	<p>Bedeutungsmerkmale der Berufstätigkeit:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Materielle Grundlage (Existenzsicherung) - Physische und geistige Anforderungen; psychische Auswirkungen (z.B. auf das Selbstwertgefühl, Sozialverhalten) - Funktionen der Berufstätigkeit im Wirtschaftsprozess - Gesellschaftliche Einschätzung (Merkmale, z. B. Verdienst, Verantwortung, Ausbildung) 	<p>Erarbeiten der Gesichtspunkte durch Auswertung von Arbeitsplatzbedingungen (Einsetz eines Bewertungsbogens für einen Arbeitsplatz)</p>	<p>Darstellung von wesentlichen Bedeutungsmerkmalen des angestrebten Berufs</p>

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLEN
<p>1.2 Überblick über Abhängigkeiten der Veränderungen beruflicher Tätigkeiten von politischen Bedingungen und Entscheidungen</p>	<p>Zahl der Arbeitskräfte im jeweiligen Beruf und deren Anteil an der erwerbstätigen Bevölkerung Veränderung der Hauptmerkmale des Berufsbildes (z. B. Kenntnisse, Fertigkeiten, Verantwortung) Ursachen: politische Bedingungen und Entscheidungen in Zusammenhang mit wirtschaftlicher und technischer Entwicklung</p>	<p>Auswerten von Zahlentabellen und Schaubildern Erarbeiten mit Hilfe von Ausbildungsordnungen und ausgewählten Berichten Herausarbeiten des möglichen Einflusses der einzelnen Faktoren im Unterrichtsgespräch (1 Std.)</p>	<p>Wiedergabe der wesentlichen Veränderungen in dem angestrebten Beruf und deren Ursachen</p>
<p>1.3 Einblick in Chancen und Grenzen der freien Berufsentscheidung</p>	<p>Berufswahlmotive und ihre Herkunft: z. B. Tradition, Mode, Verdienstaussichten, Neigungen, Ausbildungsplatzangebot Grundrecht auf freie Berufswahl Grenzen und notwendige Einschränkungen der Berufswahlfreiheit (z. B. wirtschaftliche Bedingungen, Schutz wichtiger Gemeinschaftsgüter, Gemeinwohlverpflichtung)</p>	<p>Sammeln der Gesichtspunkte und Gewichtung im Unterrichtsgespräch Auswertung des Art. 12 GG und von Texten über die Berufswahlsituation (1 Std.)</p>	<p>Beantwortung ausgewählter Fragen zur Berufsentscheidung oder zu einem aktuellen Fall</p>

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLEN
<p>1.4 Überblick über Gründe für die öffentliche Verantwortung in der beruflichen Bildung</p>	<p>Berufsbildungspolitische Zielvorstellungen: - Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten und Wirkungsmöglichkeiten für den einzelnen - Steigerung der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit - Streben nach einer aufgewogenen Gesellschaftsentwicklung und -struktur</p>	<p>Ausgehend von aktuellen Kontrollversen Meinungen als Einstieg Auswerten von Textauszügen (z.B. bildungspolitische Aussagen von Parteien und Verbänden). Herausarbeiten der gemeinsamen Zielvorstellungen und Erläutern an jeweils einem Beispiel.</p>	<p>Zusammenfassung der grundsätzlichen Übereinstimmungen und Meinungsverschiedenheiten in der berufsbildungspolitischen Diskussion</p>
<p>1.5 Überblick über das berufliche Bildungswesen</p>	<p>Gründe für die Berufsschulpflicht Berufliche Schularten: Eingangsvoraussetzungen und Bildungsziele Stellung der Berufsschule im Rahmen des „dualen“ Ausbildungssystems</p>	<p>Erstellen einer Übersicht über das berufliche Schulwesen Auswertung einschlägiger Gesetzesartikel Unterrichtsgespräch über spezifische, auf die jeweilige Fachklasse bezogenen Bildungsgänge (1 Std.)</p>	<p>Wiedergabe der wesentlichen Merkmale und Darstellung von möglichen Bildungsgängen</p>
<p>1.6 Kenntnis der grundsätzlichen Probleme der betrieblichen Ausbildung im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Unternehmenszielen</p>	<p>Kurz- und langfristige Aspekte der Rentabilität, Ausbildungsaufwendungen Rechtliche Regelungen des Ausbildungsverhältnisses: Quellen, grundlegende Bestimmungen, Überwachung Arbeitsschutzvorschriften für Auszubildende, z. B. Arbeitszeit, Urlaub, Kündigung, Gesundheitsvorsorge</p>	<p>Veranschaulichen statistischer Erhebungen Auswerten von ausgewählten Textauszügen aus dem Berufsbildungsgesetz, den Ausbildungsordnungen und dem Jugendarbeitschutzgesetz in arbeitsteiliger Gruppenarbeit Unterrichtsgespräch über Ausbildungsprobleme (1 Std.)</p>	<p>Wiedergabe wichtiger Rechtsgrundsätze und Nennung der Fundstelle zur Klärung von Detailfragen Darlegung und Begründung verschiedener Standpunkte</p>

FEBRUAUFKÖRPERN

— Beschäftigt die, die bei der...
 — Beschäftigt die, die bei der...
 — Beschäftigt die, die bei der...
 — Beschäftigt die, die bei der...

2. Fähigkeit, die soziale Sicherung im Zusammenhang mit sozialen Problemen der modernen Industriegesellschaft und mit den Leistungen des Sozialstaates zu sehen sowie persönlich zu nutzen

- Einsicht in die Abhängigkeit des sozialen Sicherungssystems von wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Bedingungen
- Bewußtsein, daß die Schaffung rechtlicher Grundlagen und staatliche Leistungen allein nicht ausreichen, um eine humane Gesellschaft zu erreichen
- Bereitschaft, über die obligatorischen Sozialmaßnahmen hinaus, eigene Vorsorge zu treffen

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLEN
2.1 Bewußtsein der Notwendigkeit staatlicher Regelungen zur sozialen Sicherung	Abhängigkeit der Unselbständigkeit von Einkommen Risiken des Arbeitslebens: Krankheit, Unfall, Invaliddität, Alter, Arbeitslosigkeit Gefährdungen durch wirtschaftlichen Strukturwandel	Vergleichen der Situation Unselbständiger in der vorindustriellen mit der in der industriellen Arbeitswelt Veranschaulichen der Zunahme der Unselbständigenzahl Darstellen einer möglichen sozialen Notlage an einem Beruf	Erläuterung der Gründe für die Schaffung eines umfassenden sozialen Sicherungssystems
2.2 Kenntnis der wichtigsten Bestimmungen des Arbeitsschutzes und der Pflichtversicherungen	Arbeitsschutz: Arbeitszeitregelung, Urlaub, Kündigung; Mutterschutz Sozialversicherungen: Renten- und Angestelltenversicherung Krankenversicherung Unfallversicherung Arbeitslosenversicherung (Träger, Versicherungspflichtige, Beiträge und Leistungen, Meldeverfahren)	Auswerten von ausgewählten Texten bei vorgegebenen Fragen in arbeitsteiliger Gruppenarbeit oder Einzelarbeit Zusammenstellen einer tabellarischen Übersicht mit den wichtigsten Bestimmungen und den geschichtlichen Stationen (Hinweisen auf die geschichtlichen Bedingungen)	Wiedergabe wesentlicher Bestimmungen Nennung der Fundstelle bei Detailfragen

(1 Std.)

(3 Std.)

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLEN
2.3 Überblick über die freiwilligen Möglichkeiten der sozialen Sicherung	Individualversicherungszweige: Sach-, Personen-, Vermögenssicherung Vermögensbildung Berufliche Absicherung	Auswerten von Unterlagen in Einzel- oder Gruppenarbeit Zusammenfassen im Unterrichtsgespräch (1 Std.)	Beantwortung vorgegebener Fragen und Nennung der wichtigsten Gesichtspunkte
2.4 Überblick über Organisationsprinzipien der sozialen Sicherung	Versicherung-Vorsorge (Risikogemeinschaft, Freiwilligkeit oder Pflicht) Versorgung-Wohlfahrtsstaatsidee (Finanzierung aus Steuermitteln, Entschädigungen z.B. von Kriessopfern) Sozialhilfe-Fürsorge (besondere Notlagen) Vor- und Nachteile der Prinzipien (Eigenverantwortung, Solidaritäts- und Subsidiaritätsprinzip)	Ausgehend von den Finanzierungsarten der Sozialversicherungen (vgl. Lernziel 2.2) Herausarbeiten der Grundsätze im Unterrichtsgespräch und Gegenüberstellung in einer Übersicht	Schriftliche Klärung der Begriffe
2.5 Bewußtsein von der Problematik des wachsenden staatlichen Anteils an der sozialen Sicherheit	Finanzierung und Verteilung der Sozialleistungen (Mitgliedsbeiträge, öffentliche Mittel, Ausgleichsmaßnahmen) Wechselwirkungen von Wirtschaft-, Finanz- und Sozialpolitik Sozialstaatliche Verpflichtungen, Spannung zwischen Sicherheits- und Freiheitsansprüchen des Bürgers	Gegenüberstellung kontroverser Meinungen an einem aktuellen Thema (z. B. Finanzierung der Rentenversicherung) als Einstieg Auswerten statistischer Unterlagen über das Sozialbudget und Veranschaulichen in einem Schaubild Herausarbeiten der Grundprobleme im Unterrichtsgespräch (1 Std.)	Darstellung der wichtigsten Problempunkte und Abgrenzung sozialpolitischer Standpunkte

3. Fähigkeit, sich in der Gruppengesellschaft zu orientieren und die eigene Stellung zu bestimmen

- Einsicht in Bedingungen des menschlichen Zusammenlebens
- Bereitschaft, die Standpunkte, Verschiedenheit, Freiheit anderer, zu respektieren
- Bereitschaft, Vorurteile bewußt zu machen und abzubauen
- Bereitschaft, Konflikte rational auszutragen

LERNZIELE	LERNINGHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLEN
3.1 Überblick über die Einbindung des einzelnen in verschiedene soziale Umfelder	Primärgruppen: Familie, Freundeskreis Sekundärgruppen: Schule, Betrieb, Verbände, Parteien Politische Großgruppen: Gemeinde, Staat Gruppenverhalten, -merkmale Angewiesensein des Menschen auf die Gemeinschaft	Sammeln der Gruppenzugehörigkeit der Schüler und Darstellen in einem Schaubild Herausarbeiten grundlegender Gruppenmerkmale an einem Beispiel im Unterrichtsgespräch Erarbeiten der Unterscheidungsmerkmale in arbeitsteiligen Gruppen (1 Std.)	Darstellung von Gruppenzugehörigkeiten Beschreibung einer Gruppe aus dem persönlichen Erfahrungsbe reich
3.2 Bewußtsein der Bedingtheit der sozialen Rollen und der Ursachen von Rollenkonflikten	Rollen in Familie und/oder Betrieb: z. B. der Kinder, der Eltern; des Auszubildenden, des Ausbilders Rollenexpectationen und Normen Rollenkonflikte als Folge widersprüchlicher Rollenexpectationen (z. B. Jungendlicher als Mitglied der Familie und einer Freizeitgruppe) Spannung zwischen Freiheit und Zwang	Erarbeiten im Unterrichtsgespräch durch Auswerten eines Falles (z. B. Generationenkonflikt) Darstellen des Problems aus der Sicht des Jugendlichen und der Eltern bzw. des Ausbilders Darbieten der Grundbegriffe und Veranschaulichen durch Beispiele Erstellen eines Schaubildes Problemdiskussion (2 Std.)	Darstellung der Grundbegriffe und Anwendung auf andere Lebensbereiche

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLEN
<p>3.3 Bereitschaft, Interessenssätze und Meinungsverschiedenheiten menschenwürdig auszutragen</p>	<p>Bemühen, auf den anderen einzugehen Respektierung anderer Meinungen Regelung des Konfliktaustrages: - mit Zwang (einer übergeordneten Instanz) - ohne äußeren Zwang - durch Übereinkunft</p>	<p>Auswerten eines „Streitfalles“ (Filmszene oder Rollenspiel) Unterrichtsgespräch über die Zweckmäßigkeit von Regelungen</p>	<p>Bewertung bestimmter Verhaltensweisen</p>
<p>3.4 Einsicht in zwischenmenschliche Beziehungen in Betrieben</p>	<p>Betriebsart der jeweiligen Fachklasse: - Formelle Beziehungen: Anweisungsgefüge, Zuständigkeiten und Personalstruktur - Informelle Beziehungen und Gruppen: Merkmale und Verhalten Grundlegende Bestimmungen der betrieblichen Mitbestimmung: Geltungsbereich, Betriebsrat und Jugendvertretung (Aufgaben, Rechte)</p>	<p>Diskussion der Schülererfahrungen Auswerten von Textauszügen und ausgewählten Art. des Betriebsverfassungsgesetzes in arbeitsteiligen Gruppen Zusammenfassende Diskussion über die Zweckmäßigkeit der Regelung betrieblicher Mitbestimmung</p>	<p>Darlegung und Begründung verschiedener Standpunkte unter Nennung wichtiger Rechtsgrundlagen</p>
		<p>(1 Std.)</p>	
		<p>(3 Std.)</p>	

4. Fähigkeit, im Rahmen organisierter Interessenwahrnehmung an der gesellschaftlichen und politischen Willensbildung teilzunehmen

- Einblick in die pluralistische Struktur unserer Gesellschaft
- Bewußtsein von der Bedeutung eines offenen pluralistischen Verbandswesens für die freiheitlich-demokratische Gesellschaft
- Einsicht in die Notwendigkeit von Institutionen und Regelungen für das Zusammenleben
- Bereitschaft, bei gemeinsamem Handeln, die Eigenverantwortung zu tragen

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLEN
4.1 Bewußtsein von der Notwendigkeit und der Bedeutung organisierter Interessenwahrnehmung	Interessengruppen als Zusammenfassung von Gruppeninteressen Zusammenschlüsse als Voraussetzung für Einflußnahme in der Massengesellschaft: - Bündeln, Filtern und Durchsetzen von Interessen - Organisationsfreiheit als Bestandteil freiheitlicher demokratischer Ordnung - Problem der Solidarität und Eigenverantwortung	Anknüpfen an den Rollenbegriff (vgl. Lernziel 3.2) und Darstellen in einer Übersicht Erarbeiten im Unterrichtsgespräch Hinweisen auf Art. 9 und 5 GG	Begründung des Zusammenhangs von gesellschaftlicher und politischer Ordnung
4.2 Überblick über grundlegende Aufgaben von Interessenverbänden	Interessenverbände innerhalb des Wirtschafts- und Arbeitsbereiches, z. B. - Unternehmerische Interessenvertretung - Arbeitnehmerorganisationen: Gewerkschaften u. a. - Berufsverbände der Selbständigen, Deutscher Bauernverband	Einordnen der den Schülern bekannten Verbände nach ihren Zwecken Exemplarische Behandlung der für die jeweilige Berufssparte bedeutenden Verbände in arbeitsteiligen Gruppen (Auswertung von Satzungen und Zusammenfassung in Übersichten)	Wiedergabe der wesentlichen Aufgaben von bekannten Berufsspartenverbänden

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLEN
<p>4.3 Kenntnis der Funktionen und Bedeutung der politischen Parteien für die politische Handlungsfähigkeit des Volkes</p>	<p>Ziele, Eigenschaften (insbesondere Tariffähigkeit), Organisation</p> <p>Einschränkungen der gerechten Interessenvertretung: Interessen mit geringer Organisierbarkeit und Konfliktfähigkeit</p> <p>Zentrale Stellung der Parteien im politischen Willensbildungsprozess:</p> <ul style="list-style-type: none"> - politische Gesamtvorstellungen entwickeln und durchzusetzen versuchen - Anliegen mehrerer gesellschaftlicher Gruppen politisch zur Geltung zu bringen - Kandidaten zur Wahl anbieten und Regierungsverantwortung übernehmen <p>Verfassungsrechtlich hervor gehobene Stellung der Parteien (Parteiengründung und -verbot) Anforderungen an die innere Ordnung der Parteien</p>	<p>Vergleichen mit den Aufgaben der Verbände im NS-Staat</p> <p>Problemorientiertes Unterrichtsgespräch über die Vorstellung einer pluralistischen Interessenvertretung (1 Std.)</p> <p>Herausarbeiten der Merkmale im Unterrichtsgespräch durch Abgrenzung von den Verbänden</p> <p>Auswerten des Art.21 GG und der einschlägigen §§ des Parteiengesetzes</p> <p>Zusammenfassen in einer Übersicht</p> <p>Anknüpfen an den Geschichtsstoff der Hauptschule über die Rolle der Parteien in der Weimarer Republik und der Einheitspartei im NS-Staat</p> <p>Darstellen der geschichtlichen Erfahrungen und deren Berücksichtigung bei der Schaffung des GG (2 Std.)</p>	<p>Darstellung der wichtigsten Merkmale in einer Übersicht</p>
<p>4.4 Einblick in Verfahren, Risiken und Chancen bei der Durchsetzung von Gruppeninteressen</p>	<p>Adressaten des Einflusses: z.B. Parlamente, Regierung, Massenmedien</p> <p>Methoden: z.B. Information, Beratung, Kontrolle, Kooperation, Personalpolitik</p> <p>Notwendigkeit und Bedeutung von rechtlichen Regelungen</p>	<p>Erarbeiten einer schematischen Übersicht</p> <p>Exemplarisch erarbeiten an einem aktuellen Fall (Auswerten eines Filmes oder Heranziehung praktischer Beispiele)</p> <p>Hinweisen auf das Zusammenarbeiten extremer Verbände und Parteien in den Krisenjahren der Weimarer Republik</p> <p>Problemorientiertes Unterrichtsgespräch über Fragen der Verbandskontrolle (1 Std.)</p>	<p>Wiedergabe der wichtigsten Gesichtspunkte und Erklärung der verwendeten Begriffe</p>

5. Fähigkeit, Informationsangebote von Massenkommunikationsmitteln kritisch zur selbständigen Urteilsbildung zu nutzen

- Fähigkeit, Informationen auf ihren Wahrheitsgehalt zu befragen und typische Verfälschungstendenzen zu benennen
- Bereitschaft, in wichtigen Fragen verschiedene Informationsquellen heranzuziehen
- Bereitschaft, auf Grund neuer Informationen die bisherige Meinung zu überprüfen

LERNZIELE	LERNINGHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLEN
5.1 Bewußtsein der Bedeutung von Presse, Rundfunk und Fernsehen für die Information und Meinungsbildung in einer freiheitlich-demokratischen Massengesellschaft	Öffentliche Aufgabe der Massenmedien Mitwirkung am politischen Meinungs- und Willensbildungsprozeß durch - Information - Meinungsspiegelung - Kontrolle und Kritik Wirksamkeit und Beeinflussung der Massenmedien	Unterrichtsgespräch, z. B. über die Gründe für den Kauf einer Zeitung Herausarbeiten der Aufgaben aus Textauszügen Hinweisen auf die Rolle der Massenmedien in autoritären und totalitären Staaten Problemdiskussion, z. B. über die Beeinflussung bei Wahlen (1 Std.)	Darstellung der Notwendigkeit von Massenmedien in einer Demokratie
5.2 Kenntnis von Faktoren, die einer objektiven Informationsvermittlung im Wege stehen	Subjektive Einstellung des Informanten und der am Zustandekommen Beteiligten Notwendigkeit und Gefahren vereinfachter Wirklichkeitsdarstellungen Interessenbedingte Abhängigkeiten (z.B. politische Verbindungen, Einflüsse des Verlegers, der Käufer, der Werbung)	Darstellen der wichtigsten Stationen vom Ereignis bis zur Veröffentlichung in einem Schaubild Unterrichtsgespräch über die Gründe für jeweils mögliche Informationsverzerrungen und Ordnen der festgestellten Faktoren (1 Std.)	Erläuterung der Schwierigkeiten einer möglichst objektiven Informationsvermittlung

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLEN
<p>5.3 Einsicht, daß die unvermeidliche persönliche Färbung jeder Berichterstattung und Interessenbedingte Einflüsse den Schutz der Informations- und Meinungsäußerungsfreiheit und das Gebot journalistischer Fairneß notwendig machen</p>	<p>Grundrecht der Meinungs- und Informationsfreiheit Problem der Pressekonzentration Ausgewählte presserechtliche Bestimmungen (z.B. Informationsrecht, Gegendarstellungsanspruch) oder Struktur der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (Finanzierung, Aufsichtsgremien, Gefahren der Monopolisierung)</p>	<p>Auswerten des Art. 5 GG (Hinweisen auf die Aufhebung dieser Grundrechte im NS-Staat) Auswerten statistischer Unterlagen und Veranschaulichen in einem Schaubild Darstellen an einem Beispiel Erstellen einer Übersicht Auswerten eines aktuellen Falles im Unterrichtsgespräch</p>	<p>Darstellung der wichtigsten rechtlichen Grundlagen</p>
<p>6.3 Kennzeichen der Meinungsfreiheit</p>	<p>Abgrenzung der Meinungsfreiheit gegenüber anderen Grundrechten</p>	<p>Erklärung des Systems der Dependenten Grundrechtspositionen</p>	<p>Erklärung des Systems der Dependenten Grundrechtspositionen</p>
<p>6.4 Kennzeichen der Meinungsäußerungsfreiheit</p>	<p>Abgrenzung der Meinungsäußerungsfreiheit gegenüber anderen Grundrechten</p>	<p>Erklärung des Systems der Dependenten Grundrechtspositionen</p>	<p>Erklärung des Systems der Dependenten Grundrechtspositionen</p>
<p>6.5 Kennzeichen der Fairneß</p>	<p>Abgrenzung der Fairneß gegenüber anderen Grundrechten</p>	<p>Erklärung des Systems der Dependenten Grundrechtspositionen</p>	<p>Erklärung des Systems der Dependenten Grundrechtspositionen</p>

6.6 Kennzeichen der Meinungsfreiheit

6.7 Kennzeichen der Meinungsäußerungsfreiheit

6.8 Kennzeichen der Fairneß

11. Jahrgangsstufe: Teilzeitunterricht und Vollzeitunterricht (1. Halbjahr)

6. Fähigkeit, Politik als Ringen gesellschaftlicher Kräfte um allgemeinverbindliche Entscheidungen und Problemlösungen im Rahmen staatlicher Ordnung zu begreifen

- Fähigkeit, das Wirken der politischen Einrichtungen im politischen Prozeß zu begreifen, und an ihren Aufgaben zu messen
- Fähigkeit zu prüfen, ob die Formen des Konfliktaustragens mit der politischen Ordnung zu vereinbaren sind
- Einsicht in die Aufgabe der politischen Ordnung, das Austragen gesellschaftlicher Interessenkonflikte und den Ausgleich verschiedener Gruppeninteressen zu ermöglichen und zu regeln
- Bewußtsein von verschiedenen Vorstellungen vom Gemeinwohl
- Bereitschaft, Spannungen und Konflikte menschenwürdig und in Übereinstimmung mit der politischen Ordnung auszutragen
- Bereitschaft, sich für die Verbesserung der politischen Ordnung mit dem Ziel größerer Freiheit und Gerechtigkeit einzusetzen

LERNZIELE	LERNHALTJE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLEN
6.1 Bewußtsein von der Befähigung des Bürgers von politischen Entscheidungen und von der Notwendigkeit staatlicher Ordnung	Politik als Gestaltung öffentlicher Aufgaben: gesamtgesellschaftliche Verbindlichkeit, Ordnung und Leistungspolitik Motive politischen Handelns: z.B. Interessen, bestimmte Wertvorstellungen Rechtfertigung staatlicher Machtausübung aus den Problemen, die allgemein gültiger Regelungen bedürfen	Unterrichtsgespräch über den Einfluß der Politik auf persönliche Lebensbedingungen an Hand eines Beispiels (z.B. Arbeitsplatz, Urlaub), Herausarbeiten der wesentlichen Beschreibungskennzeichen Problemorientiertes Unterrichtsgespräch über die Bedeutung staatlicher Institutionen für ein geordnetes und gesichertes menschliches Zusammenleben (1 Std.)	Überprüfung verschiedener Aussagen über Politik im Hinblick auf vorherrschende bzw. unberücksichtigte Gesichtspunkte
6.2 Einsicht in die Notwendigkeit und Überblick über die grundsätzlichen Möglichkeiten der Machtkontrolle	Staat als Entscheidungs- und Wirkungseinheit mit dem Monopol auf physische Zwangsausübung als letztes Mittel Politische Repräsentation und	Unterrichtsgespräch über einen aktuellen Fall (z.B. Verhaftung eines Verbrechens, oder Bürgerkrieg in einem Staat) Auswerten eines Beispiels des	Begründung des Zusammenhangs zwischen Demokratie und Machtkontrolle

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLEN
<p>6.3 Einsicht in die Bedeutung und wichtigsten Bestimmungen der Bundes- und Landtagswahlen als Hauptinstrument demokratischer Steuerung</p>	<p>Machtkontrolle (z. B. durch horizontale und vertikale Gewaltenteilung, Konstitutionalismus)</p>	<p>Machtmißbrauchs (z. B. im NS-Staat) Erarbeiten der grundsätzlichen Kontrollmöglichkeiten durch Aufgreifen des Schülerwissens über Staats- und Regierungsform und Vergleichen mit der Machtkonzentration im NS-Staat (Hinweisen auf das Ermächtigungsgesetz)</p>	<p>Erläuterung des Systems der Bundestags- und Landtagswahlen</p>
<p>Erstellen einer Übersicht im Unterrichtsgespräch (Hinweis auf die Erfahrungen mit dem Wahlrecht der Weimarer Republik, z. B. Auswirkungen auf die Parteienvielfalt, die Regierungsbildung)</p>	<p>Rechtliche Regelungen der Wahlen zum Deutschen Bundestag: Wahlrechtsgrundsätze, Besonderheiten der Wahlen zum Bayerischen Landtag</p>	<p>Erarbeitung in arbeitsteiligen Gruppen unter Auswertung der einschlägigen ausgewählten Bestimmungen des GG, der Bayer. Verf. und der Wahlgesetze</p>	<p>Begründung grundlegender Zusammenhänge zwischen Wahlsystem und politischer Ordnung</p>
<p>Einfluss des Wählers Prinzip des auftragsfreien Mandats</p>	<p>Vor- und Nachteile der Verhältnis-, Mehrheits- und unseiner kombinierten Wahl (Geometrie des Wahlsystems, Auswirkungen auf die Zusammensetzung des Parlaments und auf die Regierungsbildung)</p>	<p>Erstellen einer Übersicht im Unterrichtsgespräch (Hinweis auf die Erfahrungen mit dem Wahlrecht der Weimarer Republik, z. B. Auswirkungen auf die Parteienvielfalt, die Regierungsbildung)</p>	<p>Kritische Diskussion der Forderung nach einem imperativen Mandat unter Begründung des Art. 38 GG</p>

(1 Std.)

(2 Std.)

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLEN
<p>6.4 Einsicht in das Zusammenwirken von Parlament und Regierung sowie gesellschaftlicher Kräfte bei zentralen politischen Entscheidungsvorgängen</p>	<p>Gesetzgebungsverfahren und Funktionen der obersten Staatsorgane: Verbandsinflüsse bei der Problemartikulation auf den Regierungsentwurf und bei den parlamentarischen Gesetzesberatungen Zusammenarbeit von Regierung und Mehrheitsfraktion(en) bei der Erarbeitung und Einbringung eines Gesetzesentwurfes sowie bei den parlamentarischen Beratungen Kritik und Alternativvorschläge der parlamentarischen Opposition Mitwirkung des Bundesrates und des Bundespräsidenten Gesetze als Kompromiß verschiedener Interessen</p>	<p>Erarbeiten der formell festgelegten Kompetenzen (Art. 76 - 78 und Art. 82 GG) und des tatsächlichen Kräftefeldes an Hand einer Fallstudie (evtl. auch Auswertung einer Filmdokumentation) Anknüpfen an den Sozialkunde- stoff der Hauptschule Herausarbeiten der wesentlichen Unterschiede im Vergleich zur Weimarer Republik (z.B. Möglichkeit des Regierens mit Hilfe von Notverordnungen unter Aus- schluß des Parlaments, starke Stellung des Reichspräsidenten, geringer Einfluß des Reichsrates)</p>	<p>Erläuterung eines Schemas über das Gesetzgebungsverfahren Begründung der Hauptmerkmale einer demokratischen Gesetzgebung Beschreibung der wesentlichen Funktionen von Parlament und Regierung</p>
<p>6.5 Einsicht in Führungsgrundlagen der Staatsgeschäfte durch die Regierung und Verwaltung</p>	<p>Beschreibungsmerkmale der Regierungstätigkeit (z. B. Verwalten, Organisieren, Koordinieren, Planen) Bindung der Regierung an Gesetz und Recht (Art. 20 GG) Stellung des Bundeskanzlers, Kanzler-, Ressort-, Kabinettsprinzip Abhängigkeit der Regierung vom Parlament (z.B. personelle Verflechtung, Regierungsbildung, konstruktives Mißtrauensvotum) Regierung als Spitze der staatlichen Verwaltung</p>	<p>Sammeln der Beschreibungsmerkmale im Unterrichtsgespräch Erarbeiten der wesentlichen Funktionen in arbeitsteiligen Gruppen Problemdiskussion über die vorherrschende Stellung der Regierung, besonders des Bundeskanzlers im Vergleich zur Weimarer Republik Hinweisen auf die Abhängigkeit des Reichskanzlers vom Reichspräsidenten und dessen starke Stellung</p>	<p>Darstellung der wesentlichen Regierungsfunktionen Erläuterung der einschlägigen Art. des GG</p>

LERNZIELE	LERNINGHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLEN
6.6 Überblick über die Kontrolle der staatlichen Herrschaftsausübung als Grundlage freiheitlicher Ordnung	Verwaltungshandeln: Arten (Satzungen, Verordnungen, Einzelanordnungen), Grundsätze (z. B. Rechtmäßigkeit, Sachgerechtigkeit), Auskunftsspflicht der Behörde Faktoren des politischen Kontrollsystems Rolle der Oppositionspartei als Gegenspieler der Regierung und Regierungspartei; Kritik und Formulierung politischer Alternativen Unabhängigkeit der Rechtsprechung, besondere Kontrollaufgaben des Bundesverfassungsgerichts	Erarbeiten an einem konkreten Fall aus dem Erfahrungsbereich des Schülers, z.B. Beantragung eines Reisepasses oder eines Lohnsteuerjahresausgleiches (2 Std.) Wiederholen des politischen Kontrollsystems an Hand einer Übersicht und in Anknüpfung an das Lernziel 6.2 Erarbeiten der Kontrollbefugnisse in zwei Gruppen unter Auswertung der einschlägigen Art. des GG und von ausgewählten Beschreibungstexten Unterrichtsgespräch über die Wirksamkeit einzelner Kontrollmaßnahmen	Nennung von Möglichkeiten des Bürgers, sich gegen politische Entscheidungen und staatliche Maßnahmen zu wenden
6.7 Einsicht in Bedeutung und Probleme des föderativen Aufbaus der Bundesrepublik Deutschland	Macht- und Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden: - Grundlegende Zuständigkeit bei der Gesetzgebung und Verwaltung, besonders Mitwirkung des Bundesrates bei der Gesetzgebung und gemeindliche Selbst- und Auftragsverwaltung - Spannung zwischen verfassungsrechtlicher Vorrangstellung der Gemeinden und der Verlagerung von politischen Entscheidungen auf die nächsthöheren Ebenen	Erarbeiten von jeweils einigen typischen Aufgabenbereichen in Anknüpfung an das Schülervwissen (vgl. Lehrplan der Hauptschule) und Auswerten der einschlägigen Art. des GG und der Bayer. Verfassung Erstellen einer Übersicht	Erläuterung der Grundprinzipien

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLEN
<p>6.8 Einsicht in die Wertgebundenheit der politischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland</p>	<ul style="list-style-type: none"> Unitarische Tendenzen bei der Gesetzgebung, vollziehenden Gewalt, Rechtsprechung; Selbstkoordinierung der Länder Rechtfertigung der bundesstaatlichen Ordnung: z.B. demokratie-adäquater, gewaltenteilende und konkurrierende Wirkung 	<p>Unterrichtsgespräch über unitarische Tendenzen und Erläutern der bundesstaatlichen Prinzipien des GG</p> <p>Auswerten von ausgewählten Textauszügen Gegenüberstellung der Argumente in einer Übersicht (Hinweis auf die Gleichschaltung der Länder 1933)</p> <p>(3 Std.)</p>	<p>Darlegung und Begründung von Argumenten für und wider des föderativen Staatsaufbaus</p>
<p>6.8 Einsicht in die Wertgebundenheit der politischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland</p>	<p>Besonders gesicherte Strukturprinzipien des GG: Demokratisches Prinzip, Rechtsstaatlichkeit, Bundesstaatlichkeit, Sozialstaatlichkeit</p> <p>Menschenbild des GG (Individualität und Gemeinschaftsbezogenheit)</p> <p>Grundrechte der individuellen Freiheit, der Gleichheit und sozialen Gerechtigkeit</p>	<p>Erarbeiten der Strukturprinzipien in Zusammenfassung des vermittelten Wissens über die staatliche Ordnung</p> <p>Darstellen des Einflusses geschichtlicher Erfahrungen aus der Weimarer Republik, des NS-Staates und der damaligen Sowjetischen Besatzungszone bei der Schaffung des GG, besonders: Sicherung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, Schutz des Staates vor dem Bürger und Schutz der Bürger vor dem Staat (Auswertung der Art. 20 und 18 GG)</p> <p>Unterrichtsgespräch über das Menschenbild ausgehend von Art. 1 GG</p> <p>Erläutern an konkreten Beispielen</p> <p>(2 Std.)</p>	<p>Stellungnahme zu ausgewählten Aussagen über Grundwerte des GG</p>

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLEN
<p>6.9 Einblick in die der sozialistischen Staatsform der DDR zugrundeliegenden politischen Wertvorstellung</p>	<p>Aus dem Historischen Materialismus: Vorbestimmtheit der geschichtlichen Abläufe, weltgeschichtliche Mission der Arbeiterklasse zur Erreichung des „Endziels“ („Befreiung des Menschen von der Herrschaft des Menschen“, „Absterben des Staates“), Selbstverständnis der SED als „Partei neuen Typs“, Führungsanspruch und demokratischer Zentralismus Aufbau des Staatsapparates nach dem Grundsatz der Gewaltkonzentration (Funktion der Volkskammer, der Einheitsliste, der Massenorganisationen)</p>	<p>Auswerten ausgewählter Texte in Gruppenarbeit Zusammenfassung und kritischer Vergleich der Grundvorstellungen mit den Grundwerten der freiheitlichen demokratischen Ordnung Ableiten der Rolle der SED aus den Grundvorstellungen</p>	<p>Wiedergabe der grundsätzlichen Unterscheidungsmerkmale zwischen der freiheitlichen und der sozialistischen politischen Ordnung</p>
<p>7.5 Bewußtsein von den Aufgaben und Problemen der DDR</p>	<p>Charakteristika des sozialistischen Systems Entwicklung der Volkswirtschaft Aufgaben und Probleme der DDR</p>	<p>Erklärung der wesentlichen Organisationsprinzipien an Schaubildern Erläuterung der wesentlichen Organisationsprinzipien an Schaubildern</p>	<p>Charakteristika des sozialistischen Systems Entwicklung der Volkswirtschaft Aufgaben und Probleme der DDR</p>
<p>7.6</p>	<p>Charakteristika des sozialistischen Systems Entwicklung der Volkswirtschaft Aufgaben und Probleme der DDR</p>	<p>Charakteristika des sozialistischen Systems Entwicklung der Volkswirtschaft Aufgaben und Probleme der DDR</p>	<p>Charakteristika des sozialistischen Systems Entwicklung der Volkswirtschaft Aufgaben und Probleme der DDR</p>

7. Fähigkeit und Bereitschaft, die eigene Rechtslage zu überdenken, die Grundsätze des Rechtsstaates und geltendes Recht anzuerkennen sowie rechtliche Regelungen zu nutzen

- Einblick in den Zusammenhang zwischen Rechtsordnung, politischer Ordnung und Wertvorstellungen in der Gesellschaft
- Fähigkeit, rechtliche Folgen des eigenen Handelns zu sehen
- Einsicht, daß die Rechtsordnung nicht nur als vorgegebener Maßstab für Staat und Gesellschaft Gültigkeit hat, sondern auch eine Aufgabe der Politik ist
- Einsicht in die Rechtsordnung zugrundeliegenden Grundwerte

LERNZIELE	LERNINGHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLEN
7.1 Kenntnis der Ordnungsaufgabe des Rechts	Ordnung des Zusammenlebens der Menschen: Regelung der Ansprüche und Verpflichtungen zwischen Menschen und gesellschaftlichen Einrichtungen Sicherung und Begrenzung des Freiheitsraumes des Menschen Grundsatz der Gerechtigkeit als Maßstab	Erarbeiten durch Auswertung von konkreten Beispielen aus dem Erfahrungsbereich der Schüler Hinweis auf die Aufhebung der Grundrechte im NS-Staat Unterrichtsgespräch über das Verhältnis von positivem Recht und Gerechtigkeit (1 Std.)	Darlegung von Gründen zur rechtlichen Regelung eines Sachverhaltes an Beispielen
7.2 Überblick über die Arten der Rechtsetzung und deren Begründung	Grundrechte als unmittelbar geltendes Recht Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung, der vollziehenden Gewalt (Rechtsverordnungen, Verwaltungsakte) und der Rechtssprechung an Gesetz und Recht Auslegung unbestimmter Rechtsbegriffe durch Gerichtsurteile	Darstellen der Rangfolge und des Begründungszusammenhangs an einem Fallbeispiel Unterrichtsgespräch über die mögliche Spannung zwischen Bedeutung der Rechtsetzung und Legitimation der entscheidenden Einrichtung (1 Std.)	Wiedergabe der Rechtssetzungsarten und ihr Verhältnis zueinander.
7.3 Einsicht in die mit dem Lebensalter zunehmende rechtliche Verantwortung	Rechte und Pflichten: Rechtsfähigkeit Geschäftsfähigkeit Deliktfähigkeit Strafbarkeit	Erarbeiten der Begriffe an Hand konkreter Beispiele Darstellen der wichtigsten Daten in einer Übersicht Problemorientiertes Unterrichtsgespräch über den Zusammenhang zwischen geistiger Reife und zunehmenden Rechten und Pflichten (1 Std.)	Stellungnahme zu einfachen Rechtsvorgängen des Alltags

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLEN
7.4 Fähigkeit, sich als Bürger im Rechtsbereich zu orientieren	<p>Öffentliches Recht: Regelung von Sachverhalten zwischen Bürger und Staat, Unabdingbarkeitscharakter, Über- und Unterordnungsverhältnis; Besonderheiten des Strafprozesses und der Strafgerichtsbarkeit</p> <p>Privates Recht: Regelung von Sachverhalten zwischen Bürgern, Vertragsfreiheit, Gleichordnungsprinzip; Besonderheiten des Zivilprozesses und der Zivilgerichtsbarkeit</p> <p>Überscheidungen und Verflechtungen der beiden Rechtsbereiche, Zwecke und Aufgaben der besonderen Gerichtsbarkeit, Gerichte der 1. Instanz</p>	<p>Erarbeiten der wesentlichen Merkmale an Hand konkreter Beispiele</p> <p>Eventuell Auswerten ausgewählter Beschreibungstexte (aus Lehrbüchern) und Übersichten in Gruppenarbeiten</p> <p>Zusammenfassen der wesentlichen Ergebnisse und problemorientiertes Unterrichtsgespräch über den Sinn der zugrundeliegenden Prinzipien</p>	<p>Zuordnung von Rechtsfällen des Alltags und Bestimmung der Gerichtsbarkeit</p>
7.5 Bewusstsein von den Aufgaben und Problemen der grundlegenden strafrechtlichen Bestimmungen	<p>Merkmale einer strafbaren Handlung: Tatbestandsmäßigkeit, Rechtswidrigkeit, Schuld</p> <p>Schwere der strafbaren Handlungen: Verbrechen, Vergehen, Übertretungen</p> <p>Zweck und Aufgabe der Strafe: Sühne, Schutz der Gesellschaft, Abschreckung, Resozialisierung</p>	<p>Darbeiten durch den Lehrer oder Erarbeiten mit ausgewählten Texten</p> <p>Erläutern an Beispielen</p> <p>(2 Std.)</p>	<p>Überprüfung der Argumente bei verschiedenen Aussagen über den Sinn der Strafe</p>

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLEN
7.6 Kenntnis der Bedeutung privatrechtlicher Regelungen im Hinblick auf die Freiheit des Bürgers und das Zusammenleben in der Gesellschaft	<p>Familie als Lebens- und Rechtsgemeinschaft:</p> <p>a) Bedeutung der Familie für den einzelnen und die Gesellschaft</p> <p>b) Rechtsbeziehungen der Familie: Eheschließung, Unterhaltspflicht, eheliches Güterrecht, Erbrecht</p> <p>c) Schutz und Förderung der Familie durch den Staat</p>	<p>Anknüpfen an das in anderen Fächern (z.B. Religion) und in der 10. Jahrgangsstufe (Lernziel 3) vermittelte Wissen und kurze Zusammenfassung der wesentlichen Gesichtspunkte Auswerten ausgewählter Texte oder rechtlicher Bestimmungen in Gruppenarbeit</p> <p>Erstellen einer Übersicht Unterrichtsgespräch über die Stellung der Familie im Staat</p> <p>(2 Std.)</p>	<p>Wiedergabe der wichtigsten Grundsätze</p> <p>Nennung der Fundstellen bei Einzelfragen</p>
7.7 Einsicht, daß die Rechtsordnung den Grundsätzen der Gerechtigkeit und der Menschenwürde verpflichtet ist	<p>Sicherung der Rechtsgleichheit: z. B. Unabhängigkeit der Richter, ausschließliche Bindung der Rechtssprechung an Gesetz und Recht, Kollegialgerichtsbarkeit und Instanzenzug</p> <p>Grundsätze der Rechtsprechung: z. B. Keine Strafe ohne Gesetz, GG</p> <p>Anspruch auf rechtliches Gehör</p> <p>Rechtsordnung als Ergebnis politischer Wertentscheidung</p>	<p>Herausarbeiten der grundlegenden Wertbezüge der Rechtsordnung durch Zusammenfassung der Lernziele 7.1 – 7.6</p> <p>Vergleichen mit der national-sozialistischen Rechtsauffassung</p> <p>Auswerten der Art. 101 – 104 GG</p> <p>Herausarbeiten der gemeinsamen Grundwerte der politischen Ordnung und der Rechtsordnung</p> <p>in Anknüpfung an Lernziel 6.9</p> <p>(1 Std.)</p>	<p>Begründung der grundlegenden Organisationsprinzipien der Rechtsordnung und der Grundsätze der Rechtsprechung</p>

LERNZIELE

UNTERRICHTSVERFAHREN

LERNZIELKONTROLLEN

LEHRPLÄNE

UNTERRICHTSVERFAHREN

LERNZIELKONTROLLEN

12. Jahrgangsstufe: Teilzeitunterricht und 11. Jahrgangsstufe: Vollzeitunterricht (2. Halbjahr)
8. Fähigkeit, staatliche und private wirtschaftliche Entscheidungen im Zusammenhang mit der Wirtschaftsordnung zu sehen und daraus Schlüsse für das eigene wirtschaftliche Verhalten zu ziehen
- Fähigkeit, häufig gebrauchte wirtschaftliche Begriffe bei der Beschreibung und Erklärung einfacher Wirtschaftsabläufe anzuwenden
 - Fähigkeit, wirtschaftspolitische Verlaufbarungen und Maßnahmen im Hinblick auf Wirksamkeit, Interessenverfolgung und ihres Verhältnisses zu den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft zu befragen
 - Bewußtsein der sozialen Verantwortung und Verpflichtungen aller am Wirtschaftsprozess Beteiligten
 - Einsicht in gegenseitige Abhängigkeiten und Verflechtungen der Komponenten des Wirtschaftsprozesses
 - Bereitschaft zum kritischen Verhalten im Konsumbereich
 - Bereitschaft zu sozialem Verhalten gegenüber wirtschaftlich Schwächeren

LEARNZIELE	LEARNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LEARNZIELKONTROLLEN
8.1 Bewußtsein der eigenen Betroffenheit von wirtschaftlichen Vorgängen Einblick in das Spannungsverhältnis der wirtschaftspolitischen Ziele zueinander	Wirtschaftspolitische Ziele: Stabilität des Preisniveaus, Vollbeschäftigung, außenwirtschaftliches Gleichgewicht, stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum; gerechte Verteilung	Erarbeiten im Unterrichtsgespräch, ausgehend von den individuellen Wünschen (Hinweis auf § 1 des Stabilitätsgesetzes) Inhaltliche Vertiefung von Fachbegriffen ggf. in Deutsch Veranschaulichen des magischen Vierecks in einer graphischen Darstellung Darstellen des Spannungsverhältnisses an einem Beispiel: Stabilität — Vollbeschäftigung (1 Std.)	Wiedergabe der wesentlichen Gesichtspunkte
8.2 Fähigkeit, aktuelle Wirtschaftslagen unter Verwendung von Fachbegriffen in Grundzügen zu beschreiben	Konjunkturphasen: Aufschwung (Expansion, Boom), Hochkonjunktur, Abschwung (Rezession, Depression); Veränderungen vom Preisniveau, Beschäftigungsstand, Wirtschaftswachstum	Auswerten von Textauszügen über die Wirtschaftsfolge (Hinweis auf Weltwirtschaftskrise 1928/29) Erarbeiten und Erläutern an Hand einer schematischen Darstellung des Konjunkturverlaufs	Erläuterung der Konjunkturphasen auf Schaubildern mit unterschiedlichen Daten

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLEN
8.3 Einblick in die Abhängigkeit des Geldwertes von dem Verhältnis zwischen Gesamtnachfrage und Gesamtangebot Bewußtsein von Auswirkungen privativirtschaftlichen Verhaltens auf den Wirtschaftsprozess	Geldwert und Produktion Zusammenhang zwischen Investition, Konsum und Sparen Auf- bzw. Abwertung der Währung	Klären der Fachbegriffe mit Hilfe eines Lexikons Herausarbeiten der gegenseitigen Beziehungen an einschlägigen Quellen (2 Std.)	Erklärung der Fachbegriffe Nennung von Ursachen für eine inflatorische bzw. deflatorische Entwicklung
8.4 Überblick über die Möglichkeiten der Konjunkturbereinflussung durch Maßnahmen des Staates und der Bundesbank	Einfluß der staatlichen Ausgaben und Einnahmen auf die Nachfrage Einwirken der Bundesbank auf die Geldmenge und auf das Zinsniveau	Erarbeiten der grundsätzlichen Möglichkeiten an Beispielen und Darstellen in einer Skizze Problemorientiertes Unterrichtsgespräch über die Wirksamkeit einer Maßnahme an einem aktuellen, aus dem jeweiligen Bereich genommenen Beispiel (1 Std.)	Zuordnen einzelner Maßnahmen zu den grundsätzlichen Möglichkeiten
8.5 Einsicht in die Abhängigkeit der Einkommensverteilung vom Produktionsergebnis und von den tarifpolitischen Auseinandersetzungen	Volkseinkommen (Sozialprodukt) als Summe der Faktoreinkommen: Löhne, Gewinne, Zinsen Tarifverhandlungen: rechtliche Grundlagen, Streik und Aussperrung, Tarifvertrag Lohn als Einkommen- und Kostenfaktor Zusammenhang zwischen personellem Einkommen und Vermögen	Darstellen in einem Schaubild Auswerten von ausgewählten Texten und Art. 9 GG Anknüpfen an Lernziel 4. der 10. Jahrgangsstufe Kostenermittlung an einem Beispiel und Anknüpfen an Lernziel 8.4 Kritische Diskussion der Aussagen über Vermögensverteilung (2 Std.)	Stellungnahme zu aktuellen Aussagen über die Entwicklung der Lohn- und Gewinnquote unter einkommens- und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLEN
<p>8.6 Kenntnis sozialstaatlicher Maßnahmen zum Ausgleich der primären Einkommensverteilung</p>	<p>Sozialer Ausgleich in der Bundesrepublik (z. B. Kindergeld, Wohngeld, Zuschüsse an Sozialversicherungen) Vermögenspolitische Maßnahmen (z. B. Wohnungsbau- und Sparprämie, § 24a EStG, § 12b EStG) Steuerprogression und Steuergerechtigkeit (z. B. Lohnsteuer und Lohnsteuerjahressausgleich)</p>	<p>Veranschaulichen der wichtigsten staatlichen Daten und Anknüpfen an Lernziel 3 der 10. Jahrgangsstufe Zusammenfassung der verschiedenen Möglichkeiten in einer Übersicht und Erarbeiten der wesentlichen Bestimmungen exemplarisch an einem Beispiel Unterrichtsgespräch über den Zusammenhang von Besteuerungshöhe und Leistungsanreiz</p>	<p>Nennung der einzelnen Maßnahmen und Erläuterung der Lohnsteuer</p>
<p>8.7 Bewußtsein von der Bedeutung des Wettbewerbs für die wirtschaftliche Steuerung und Entwicklung</p>	<p>Zwecke des Wettbewerbs: Sicherung bzw. Steigerung der allgemeinen Wohlfahrt durch Nutzung des Gewinnstrebens, Antrieb zum Fortschritt, Sicherung der Freiheit durch Streuung der wirtschaftlichen Macht Wettbewerbsfähigkeit durch Unternehmenskonzentration, Hauptaspekte des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Ordnungspolitische Aufgabe des Staates)</p>	<p>Erarbeiten im Unterrichts-gespräch durch Eingehen auf persönliche Erfahrungen der Schüler Auswerten ausgewählter statistischer Unterlagen Problemorientiertes Unterrichtsgespräch über das Verhältnis von Unternehmensgröße, Leistungsfähigkeit und der Tendenz zur Wettbewerbsbeschränkung</p>	<p>Begründung des Wettbewerbscharakters unserer Wirtschaftsordnung Darlegung einiger grundsätzlicher Gesichtspunkte über das Für und Wider von Unternehmenskonzentrationen</p>

(2 Std.)

(1 Std.)

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLEN
<p>8.8 Einsicht in die Grundwerte der Sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland</p>	<p>Freiheitliches Prinzip: Entscheidungsfreiheit der Konsumenten, Unternehmer, Arbeitnehmer; Privatinitiative; Privateigentum an Produktionsmitteln</p> <p>Soziales Prinzip: staatliche Eingriffe zur Ordnung und zum sozialen Ausgleich</p> <p>Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher und politischer Ordnung</p>	<p>Herausarbeiten dieser grundlegenden Vorstellungen in Anknüpfung an das vorhergegangene Lernziel</p> <p>Schlüsselfrage: Wer entscheidet, was, für wen, wie produziert wird?</p> <p>Wiederholung und Zusammenfassung der wirtschaftspolitischen Ziele (Lernziel 8.1) und der sozialstaatlichen Maßnahmen (Lernziel 8.6)</p> <p>Selbständiges Erarbeiten der wirtschaftspolitisch bedeutsamen Bestimmungen des GG (z. B. Art. 2.1; 9.3; 11; 12.1; 14; 20.1; 28.1; 15; 109)</p> <p>Auswerten in einem problemorientierten Unterrichtsgespräch und Verbinden mit dem Lernziel 6.8 der 11. Jahrgangsstufe</p>	<p>Darlegung von Grund- und Organisationsprinzipien, die eindeutig im Widerspruch zu den Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft stehen bzw. Überprüfung von typischen aktuellen wirtschaftspolitischen Forderungen im Hinblick auf ihre Vereinbarkeit mit den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft</p>
<p>8.9 Einblick in die zentrale staatliche Planung und Leitung der Volkswirtschaft in einem sozialistischen Staat sowie in die zugrundeliegende kollektivistische Wertvorstellung</p>	<p>Grundsätze der Wirtschaftsverfassung: Kollektiveigentum, Zentralplanung durch den Staat (Führungsmonopol der Partei), umfassendes Prämien- und Sanktionssystem zur Leistungssteigerung</p> <p>Kritische Einwände: Fehlplanung und Bürokratisierung, Einschränkung der wirtschaftlichen und politischen Freiheit</p> <p>Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher und politischer Ordnung sowie kollektivistischem Menschenbild</p>	<p>Erarbeiten der grundlegenden Gesichtspunkte in Gegenüberstellung zur Sozialen Marktwirtschaft (evtl. Auswerten der einschlägigen Bestimmungen der DDR-Verfassung)</p> <p>Schlüsselfrage: Wer entscheidet, was, für wen, wie produziert wird?</p> <p>Problemorientiertes Unterrichtsgespräch unter Anknüpfung an Lernziel 6.9.</p>	<p>Darlegung der wichtigsten Unterscheidungsmerkmale zur Sozialen Marktwirtschaft</p>

(2 Std.)

(2 Std.)

9. Fähigkeit, internationale Vorgänge zur Kenntnis zu nehmen sowie in die Zusammenhänge der deutschen Außenpolitik und der Friedenssicherung einzuordnen

- Fähigkeit, Informationen über internationale Vorgänge mit kritischem Verständnis aufzunehmen
- Bewußtsein von menschenheitsgefährdenden Auswirkungen von Krieg, Hunger und Mangel
- Einsicht, daß internationale Strukturen, Prozesse und Konflikte vielschichtig, eng miteinander verflochten und nur aus der geschichtlichen Entwicklung heraus verständlich sind
- Bereitschaft, für die Sicherheit der Mitbürger und für die internationale Zusammenarbeit im Dienst der Gerechtigkeit einzutreten
- Bereitschaft, Solidarität und politische Mitverantwortung auch über regionale und nationale Grenzen hinweg zu empfinden

LERNZIELE	LERNHALTEN	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLEN
9.1 Bewußtsein der eigenen Betroffenheit von wirtschaftlichen Vorgängen im Rahmen der Weltpolitik	Wirtschaftliche Verflechtungen und Abhängigkeiten: Einfuhr von Rohstoffen, Ausfuhr bestimmter Güter Handel mit Entwicklungsländern (Produkte, Anteil) und die Auswirkungen einer Veränderung in einem Wirtschaftsbereich auf die Gesamtwirtschaft	Erautern an einem aktuellen Beispiel aus dem Bereich der jeweiligen Fachklasse Darstellen der Ursache-Folgen-Beziehungen in einer Übersicht	Begründung der Notwendigkeit einer deutschen Außenhandelspolitik
9.2 Fähigkeit, weltpolitische Ereignisse auf Strukturen der internationalen Beziehungen zu beziehen	Souveräne Staaten als Subjekte der Weltpolitik Machtpole und ihre gegenseitigen Beziehungen im internationalen System; z. B. weltpolitisches Drei-, Fünf- oder Sechseck	Erautern der Grundzüge des internationalen Systems am Beispiel der weltpolitischen Verflechtung eines aktuellen Falles (z.B. Nahostkrise, Rhodesien) Auswerten von Schaubildern und ausgewähltem Datenmaterial (evtl. in Einzelarbeit und unter konkreten Fragestellungen)	Einordnung eines anderen internationalen Vorgangs oder einer Bestrebung in das grundlegende Beziehungsgeflecht

(1 Std.)

(1 Std.)

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLEN
<p>9.3 Kenntnis grundlegender außenpolitischer Bedingungen und Aufgaben der Bundesrepublik Deutschland auf Grund der geschichtlichen Entwicklung seit Ende des Zweiten Weltkrieges</p>	<p>Nationale Interessen: Wiedervereinigungspolitik, europäische Integration, Sicherheit und wirtschaftliche Zusammenarbeit</p> <p>Außenpolitische Bedingungen Deutschlands auf Grund der Stellung im internationalen Kräftegleichgewicht nach dem Zweiten Weltkrieg:</p> <p>a) Absichten und Maßnahmen der Alliierten, Teilung Deutschlands im Spannungsfeld des Kalten Krieges</p> <p>b) Integration der beiden Teile Deutschlands in die jeweiligen Bündnisysteme und ihre staatliche Anerkennung</p> <p>c) Grundlegende rechtliche Bestimmungen und politische Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR (Grundvertrag, Verkehrsvertrag, Berlin-Regelung) und Polen</p>	<p>Vergleich Deutschlands in den Grenzen von 1938 und 1949</p> <p>Erarbeiten im Unterrichtsgespräch</p> <p>Herausarbeiten der grundsätzlichen Fragestellungen im Unterrichtsgespräch</p> <p>Erarbeiten der wesentlichen Vorgänge in arbeitsteiligen Gruppen oder Einzelarbeiten unter Zuhilfenahme von Unterlagen (wie Geschichtsatlas und ausgewählten Textauszügen)</p>	<p>Darstellung von Aussagen über außenpolitische Möglichkeiten und Forderungen (z. B. Wiedervereinigungschance, neutrale Außenpolitik zwischen Ost und West)</p>
<p>9.4 Einsicht in die Bedeutung und grundlegenden Organisationsprinzipien der Europäischen Gemeinschaft</p>	<p>Zusammenarbeit für die westeuropäische Integration: Überwindung von Rivalitäten, Sicherung und Stärkung der freihandelsökonomischen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Entwicklung</p> <p>Zusammenarbeit der EG-Staaten (Europäisches Parlament, Ministerrat, Kommission, Gerichtshof)</p> <p>Probleme der Fortentwicklung der europäischen Gemeinschaft</p>	<p>Erarbeiten im Unterrichtsgespräch, anknüpfend an Lernziel 9.2</p> <p>Auswerten von ausgewählten Texten (z. B. Rede Churchill 1946 in Zürich)</p> <p>Arbeitsteilige Gruppenarbeit oder Einzelarbeit an einem exemplarischen Fall</p> <p>Darstellen in einer Übersicht</p> <p>Problemorientiertes Unterrichtsgespräch</p>	<p>Überprüfung von Vorschlägen zur Weiterentwicklung der europäischen Einigung im Hinblick auf ihre Motive und Realisierungsschwierigkeiten</p>

(2 Std.)

LERNZIELE	LERNINHALTE	UNTERRICHTSVERFAHREN	LERNZIELKONTROLLEN
<p>9.5 Überblick über Versuche zur Beseitigung von Konfliktursachen bzw. zur Regelung des Konfliktaustrages</p>	<p>Entwicklungspolitik: Ziele, Methoden, Stellenwert der Entwicklungshilfe in der Bundesrepublik, Schwierigkeiten der Entwicklungshilfe Vereinigte Nationen: Ziele, Grundsätze, Möglichkeiten und Grenzen der Friedensbemühungen</p>	<p>Auswerten von Berichten, politischen Verlautbarungen und statistischen Unterlagen (vgl. Lernziel 9.1); problemorientiertes Unterrichtsgespräch über mögliche Auswirkungen der Entwicklungshilfe Darstellen der historischen Situation bei der VN-Gründung durch Anknüpfen an Lernziel 9.3 Auswerten von ausgewählten Bestimmungen der VN-Charta (z.B. Art. 1, 2, 27, 33, 51) und Erläutern der Probleme an Beispielen (2 Std.)</p>	<p>Darlegung der Bedeutung der Entwicklungshilfe zum Abbau welt-politischer Spannungen Wiedergabe der wichtigsten Daten und Gesichtspunkte</p>
<p>9.6 Fähigkeit, in den Grundfragen der Sicherheits- und Friedenspolitik seinen Standpunkt zu begründen</p>	<p>Rüstungspotentiale der NATO und des Warschauer Paktes Strategie der Verteidigung Deutscher Beitrag zur Sicherheitspolitik (Verteidigungs-lasten, Wehrdienst) Probleme der Abrüstungsverhandlungen (SALT) und der Friedenssicherung (Europäische Sicherheitskonferenz)</p>	<p>Veranschaulichen der Kräfteverhältnisse durch ein Schaubild Erarbeiten im Unterrichtsgespräch Auswerten statistischer Unterlagen (z.B. aus dem Bundeshaushalt) Auswerten von Textauszügen über Verhandlungsberichte bzw. aus dem Abschluskkommuniqué (2 Std.)</p>	<p>Begründete Stellungnahme zu Aussagen über Fragen der Sicherheits- und Friedenspolitik</p>
<p>9.7 Einsicht in die der jeweiligen Außenpolitik zugrundeliegenden gegensätzlichen Wertvorstellungen der freiheitlich-demokratischen und kommunistischen Staaten</p>	<p>Freiheitliche demokratische Grundordnung: Freiheit, Gerechtigkeit und soziale Sicherheit als Grundlage des Strebens nach Frieden, nach allseitiger Kommunikation und Austausch von Gütern Ideologische Verwurzelung des Weltkommunismus: internationaler Klassenkampf, Wahrheitsanspruch der Partei, Weltrevolution als Endziel, Strategie der friedlichen Koexistenz</p>	<p>Herausarbeiten der grundlegenden Werte außenpolitischer Konzeptionen in Zusammenfassung des 9. Lernzielbereiches und in Anknüpfung an Lernziel 6.8 und 6.9 Auswerten von ausgewählten Texten, Klären der Begriffe mit Hilfe von Nachschlagewerken Zusammenfassende Gegenüberstellung in einer Übersicht (2 Std.)</p>	<p>Erläuterung von zentralen Begriffen und Unterscheidung nach westlichen und östlichen Bedeutungsinhalten</p>

LEHRZIELE	LERNZIELKONTROLLEN
<p>0.3 Kenntnis grundlegender psychischer Funktionen und Grundfragen der Organisationsentwicklung für europäische Gemeinschaften</p> <p>0.4 Kenntnis der Bedeutung und Grundfragen der Organisationsentwicklung für europäische Gemeinschaften</p>	<p>Darstellung von Aussagen über außerfachliche Möglichkeiten und Forderungen (z. B. Wiederherstellung, Neustrukturierung, etc.) zwischen Ost und West sowie die Bedeutung der Zusammenarbeit von Lehrern und Schülern</p> <p>Erklärung der Bedeutung der Zusammenarbeit von Lehrern und Schülern</p>
<p>0.5 Kenntnis der Bedeutung und Grundfragen der Organisationsentwicklung für europäische Gemeinschaften</p>	<p>Erklärung der Bedeutung der Zusammenarbeit von Lehrern und Schülern</p>
<p>0.6 Kenntnis der Bedeutung und Grundfragen der Organisationsentwicklung für europäische Gemeinschaften</p>	<p>Erklärung der Bedeutung der Zusammenarbeit von Lehrern und Schülern</p>
<p>0.7 Kenntnis der Bedeutung und Grundfragen der Organisationsentwicklung für europäische Gemeinschaften</p>	<p>Erklärung der Bedeutung der Zusammenarbeit von Lehrern und Schülern</p>

Folgende Lehrpläne, Handreichungen und Arbeitsberichte erhalten Sie nur direkt von

Alfred HINTERMAIER OFFSETDRUCKEREI +VERLAG

Edlingerplatz 4, 8000 München 90, Telefon 089/651 55 45

BERUFSSCHULEN BERUFSGRUNDBILDUNGSJAHR**

1. Lehrpläne

Berufsfeld Wirtschaft und Verwaltung (1977)
Berufsfeld Metalltechnik (1977)
Berufsfeld Elektrotechnik (1977)
Berufsfeld Bautechnik (1980)
Berufsfeld Holztechnik (1981)
Berufsfeld Textiltechnik und Bekleidung (1977)
Berufsfeld Körperpflege (1976)
Berufsfeld Ernährung u. Hauswirtsch. (1981)
Berufsfeld Agrarwirtschaft (1980)
Berufsfeld Farbtechnik und Raumgestaltung i. Vorb.

2. Handreichungen für den Lehrer

Handreichung für die Fachpraxis zum
BGJ – Berufsfeld HOLZTECHNIK (1979)
Handreichungen für das BGJ – Berufsfeld
AGRARWIRTSCHAFT
Bd. I: Raum- und Ausstattungsverzeichnis für
den fachpraktischen Bereich (1979)
Bd. II: Fachpraxis – Schwerpunkt Tierischer
Bereich, Lernort Betrieb (1979)
Bd. III: Fachpraxis – Lernort Schule (1980)
Bd. IV: Fachpraxis – Schwerpunkt Pflanzlicher
Bereich – Lernort Betrieb (1981)
Bd. V: Fachtheorie (ausgewählte Lernziele)
(1981)
Bd. VI: i. Vorb.
Ausstattungsliste für Werkstätten zum BGJ –
Berufsfeld BAUTECHNIK (1978)
Ausstattungsliste für Werkstätten zum BGJ –
Berufsfeld HOLZTECHNIK (1979)

3. Handreichungen für den Schüler

Leistungsfeststellung im BGJ BAUTECHNIK,
Schulj. 1977/78 – Aufgaben mit Lösungen
Fachtheorie, Fachrechnen, Fachzeichnen,
Fachpraxis (1978)
Leistungsfeststellung im BGJ BAUTECHNIK,
Schulj. 1978/79 – Aufgaben mit Lösungen
Fachtheorie, Fachrechnen, Fachzeichnen,
Fachpraxis (1979)

Leistungsfeststellung im BGJ BAUTECHNIK,
Schulj. 1979/80 – Aufgaben mit Lösungen
Fachtheorie, Fachrechnen, Fachzeichnen,
Fachpraxis (1980)

Leistungsfeststellung im BGJ BAUTECHNIK,
Schuljahr 1980/81 i. Vorb.

BERUFSGRUNDBILDUNGSJAHR Zug J Lehrpläne:

Berufsfeld: Bekleidung, Gesundheits- u. Kör-
perpflege, Ernährung/Hauswirtschaft
(1975)
Berufsfeld Metall – Bau/Holz – Farb- und
Raumgestaltung (1975)

BERUFSSCHULEN – Fachklassen

1. Lehrpläne

Apothekenhelfer (1978)
Arzthelferin (1978)
Augenoptiker (1978)
Bankkaufmann (1980)
Bekleidungsberufe (1977)
Beton- und Stahlbetonbauer (1981)
Betonstein- und Terrazzohersteller in Vorb.
Buchhändler (1975)*
Chemielaborant in Vorb.
Chemielaborjungwerker in Vorb.
Dienstleistungsfachkraft im Postbetrieb i. Vorb.
Drucktechnik (versch. Berufsgruppen) (1981)
Elektrotechnische Berufe (1977) – mit AO
Elektrotechnische Berufe (1977) – ohne AO
Estrichleger i. Vorb.
Fachgehilfe in steuer- und wirtschaftsberaten-
den Berufen (1980)
Fliesenleger (1981)
Forstwirt in Vorb.
Friseur (1977)
Gärtner (1980)
Gastgewerbliche Berufe (1981)
Glasinstrumentenmacher in Vorb.
Hauswirtschaftlerin 10. bis 12. Jgst. (1981)
Hauswirtschaftstechnischer Helfer (1978)
Hochbaufacharbeiter (1978)
Holzbearbeitungsmechaniker in Vorb.
Industriekaufmann (1980)
Jungarbeiterinnen (1979)
Kachelofen- und Luftheizungsbauer i. Vorb.
Kälte-, Wärme- und Schallschutzisolierer,
Isoliermonteur i. Vorb.
Kaufmann i. Eisenbahn- u. Straßenverkehr i. V.

Kaufmann im Groß- und Außenhandel (1980)
Keramische Berufe (1977)
Koch (1981)
Kraftfahrzeugmechaniker (1975)
Kunststoff-Formgeber (1980)
Landwirt (1976)
Maurer (1980)
Pelzwerker und Kürschner (1977)
Pferdewirt (1980)
Physiklaborant/Werkstoffprüfer (Physik)
i. Vorb.

Raumausstatter (1977)
Reiseverkehrskaufmann i. Vorb.
Sägewerker in Vorb.
Schornsteinfeger i. Vorb.
Sozialversicherungsfachangestellter (1980)
Steinmetz (1977)
Straßenbauer i. Vorb.
Stukkateur (1980)
Textilberufe (1978)
Tiefbaufacharbeiter i. Vorb.
Tierwirt und Tierpfleger (1980)
Tischler, 11. Jahrg. (1981)
Tischler, 12. Jahrg. (1981)
Uhrmacher (1978)
Versicherungskaufmann (1980)
Verwaltungsfachangestellter i. Vorb.
Zahnarzthelferin (1978)
Zahntechniker (1980)
Zimmerer, 11. Jahrgangsstufe (1980)
Zimmerer, 12. Jahrgangsstufe (1980)

2. Lehrplan mit Handreichungen

FLEISCHER u. Verkäuferinnen im
Fleischerhandwerk (1975/77)

BERUFSSCHULEN einschl. BGJ u. BFS

1. Lehrpläne

Deutsch (1977)
Sozialkunde (1977)
Religionslehre, evangelisch (1977)
Religionslehre, katholisch (1978)
Ethik i. Vorb.
Kurzschrift (für bayer. Schulen ohne Hauptschule) (1980)

2. Handreichungen für den Lehrer

Sozialkunde, Teil 1 (1977)
Sozialkunde, Teil 2 (1978)
Deutsch i. Vorb.

3. Handreichungen für den Schüler

Sozialkunde Materialsammlung (1977)
— Lernmittelfrei genehmigt —

BERUFSFACHSCHULEN

Lehrpläne

Hauswirtschaft, 10. u. 11. Jahrg. (1978)
Kinderpflege, 10. u. 11. Jahrg. (1978)
Wirtschaft, 10. u. 11. Jahrg. in Vorb.
Maschinenbau — Lehrplanentwurf (1978)
Glasinstrumentenmacher i. Vorb.

BERUFSAUFBBAUSCHULEN

1. Lehrpläne

Chemie (1980)
Deutsch, Englisch (1976)
Geschichte (1980)
Mathematik — Techn. Physik — Techn. Zeichnen mit Darst. Geometrie — Biologie (1976)
Sozialkunde (1980)
Volkswirtschaft — Rechnungswesen (1976)

2. Handreichungen (m. Lehrpl.) f. d. Lehrer

Biologie (1976)
Rechnungswesen (1977)
Technisches Zeichnen (1979)

FACHSCHULEN

1. Lehrpläne

Wirtschaftlerinnen in Vorb.
Heilerziehungspflege und Heilerziehungshilfe (1981)

Technikerschulen

Fachrichtung Bautechnik (1978)
Fachrichtung Holztechnik (1978)

2. Lehrpläne m. Handreichungen f. d. Lehrer

Altenpflege (1975)
Empfehlungen für die fachpraktische Ausbildung von Heilerziehungspflegern und Heilerziehungspflegehelfern (1981)

Technikerschulen

Fachrichtung Maschinenbau (1978)
Fachrichtung Elektrotechnik (1978)
Fachrichtung Elektrotechnik — Schwerpunkte (1981)

FACHAKADEMIEN

1. Lehrpläne

Ausbildungsrichtung: HAUSWIRTSCHAFT (1981)

Ausbildungsrichtung: SOZIALPÄDAGOGIK:

Bd.1: Pflichtbereich Teil 1

Bd.2: Pflichtbereich Teil 2

Bd.3: Wahlpflichtbereich

Bd.4: Theologie/Religionspädagogik (ev.) (1981)

Entwurf einer lernzielorientierten Handreichung für die praktische Ausbildung des Erziehers (1976)

Ausbildungsrichtung: WIRTSCHAFT:

Bd.1: Betriebswirtschaft, Rechnungswesen, Volkswirtschaft, Recht, Organisation/Datenverarbeitung, Wirtschaftsmathematik, Statistik (1977)

Bd.2: Betriebliche Funktionsbereiche (1977)

Bd.3: Deutsch, Englisch, Sozialkunde (1977)

FACHOBERSCHULEN

1. Lehrpläne

Deutsch (1978)
Englisch (1978)
Geschichte (1977)
Sozialkunde (1979)
Sport, Richtlinien und Lehrplan (1979)
Ausbildungsrichtung Technik, nichttechn.
Ausbildung: Mathematik (1976)
Ausbildungsrichtung: WIRTSCHAFT, VER-
WALTUNG und RECHTSPFLEGE,
SOZIALWESEN sowie GESTALTUNG:
Chemie (1980)
Rechtswissenschaft (1980)
Ausbildungsrichtung WIRTSCHAFT,
VERWALTUNG und RECHTSPFLEGE:
Fachpraktische Ausbildung (1980)
Wirtschaftslehre, Organisation/
Datenverarbeitung, Rechnungswesen
(1979)
Rechtswissenschaft (1980)
Rechts- und Verwaltungskunde,
Fachpraktische Ausbildung (1980)
Fachpraktische Ausbildung und
Praxisanleitung (1979)
Ausbildungsrichtung TECHNIK:
Chemie mit Ausstattungsliste (1979)
Fachpraktische Ausbildung (1979)
Physik (1979)
Physikalisches Praktikum (1979)
Technisches Zeichnen (1979)
Technologie (1979)
Ausbildungsrichtung TECHNIK: Schwerpunkt
LAND- und FORSTWIRTSCHAFT:
Chemie (1980)
Physik (1981)
Produktionslehre i. Vorb.
Ausbildungsrichtung SOZIALWESEN:
Fachpraktische Ausbildung (1980)
Pädagogik/Psychologie (1980)
Musik- und Kunsterziehung (Musische Bil-
dung) (1981)
Ausbildungsrichtung GESTALTUNG:
Darstg., Gestaltungslehre/Kunstabstraktg.
Techn.Zeichn., Fachprakt.Ausb.(1981)

2. Lehrpläne mit Handreichungen f. Lehrer

Biologie (1976)
Englisch (1979)
Sozialkunde (i. Vorb.)
Chemie (1980)
Ausbildungsrichtung SOZIALWESEN:
Pädagogik (1980)
Psychologie (1980)
Ausbildungsrichtung WIRTSCHAFT, VER-
WALTUNG und RECHTSPFLEGE:
Rechnungswesen (1975)

3. Handreichung für Schüler

Kontenplan für die Industrie nach dem IKR
(zum Lp Rechnungswesen) (1975)

BERUFSOBERSCHULEN

1. Lehrpläne

Deutsch i. Vorb.
Geschichte (1979)
Evangelische Religionslehre (1980)
Sozialkunde (1978)
Ausbildungsrichtung HAUSWIRTSCHAFT und
SOZIALPFLEGE:
Chemie (1980)
Wirtschaftslehre (1978)
Ausbildungsrichtung HAUSWIRTSCHAFT,
SOZIALPFLEGE, LANDWIRTSCHAFT:
Biologie (1978)
Ausbildungsrichtung LANDWIRTSCHAFT:
Chemie (1980)
Produktionslehre (1979)
Wirtschaftslehre (1978)
Ausbildungsrichtung TECHNIK u. GEWERBE:
Chemie (1980)
Ausbildungsrichtung TECHNIK, GEWERBE –
WIRTSCHAFT, HAUSWIRTSCHAFT
und SOZIALPFLEGE – LANDWIRTSCHAFT:
Arbeitslehre (1976)
Ausbildungsrichtung WIRTSCHAFT:
Betriebswirtschaft, Volkswirtschaft,
Wirtschaftsinformatik (1979)

2. Lehrpläne m. Handreichungen für Lehrer

Arbeitslehre (1979)
Englisch (1976)
Informatik (1977)
Mathematik (1976)
Physik (1976)

SONSTIGES

KEITEL, Ernst: Berufliche Schulen im politi-
schen Kräftefeld. Eine Studie zum Vollzug
des Gesetzes über das berufliche Schulwesen
in Bayern, 1977

WINNER, Konrad: Aufgaben der Abschlußprü-
fung zum staatl. geprüften Betriebswirt
Prüfung 1976

LENKL, Günter: Abschlußprüfungen der Land-
wirtschaftlichen Berufsschulen und Berufsaus-
bildungsabschlußprüfungen für den Ausbil-
dungsberuf Landwirt, Schuljahr 1979/80. Auf-
gaben mit Lösungen: Sozialkunde, Fachtheo-
rie, Fachrechnen (1981)

MATRIX von Lernzielbeschreibungen im Ra-
men des Modells Curricularer Lehrplan (1978)

ÖBERSTE BILDUNGSZIELE IN BAYERN.
Artikel 131 der Bayerischen Verfassung in ak-
tueller pädagogischer Sicht (1979)

KONZEPT EINER SCHULISCHEN FAMILIEN-
ERZIEHUNG. (1980)

KONZEPT »PÄDAGOGISCHER FREIRAUM«.
(1980)

ARBEITSBERICHTE

- Nr.11: I.MÜLLER: Lernzielfindung aus der Sicht von Jugendlichen — Lernziele für die Sekundarstufe, 1975
- Nr.16: S.REICHERT (unter Mitarbeit von W.v.Alt-Stutterheim, L.Bittlinger, J.Kratz): Vereinheitlichung der Normenbücher? Eine analytisch-synoptische Studie, 1976
- Nr.20: H. SPECHT: Mathematische und fachtheoretische Leistungserfassung mit Hilfe lernzielorientierter Testaufgaben — Begleituntersuchung zum BGJ 1972/73, 1976
- Nr.21: W.von ALT STUTTERHEIM: Studieneinstellung ehem. Kollegiaten — Begleituntersuchung zur Kollegstufe 1976/77
- Nr.24: W.von ALT-STUTTERHEIM: Kursangebot u. Kurswahlverhalten in Kollegstufen m.zahlenm.kleinen Jahrgangsst. — Begleituntersuchung 1976/77
- Nr.29: G. BRINNINGER/G. SCHRICKER: Die fachprakt. Leistungen i. BGJ, 1977
- Nr.30: E. GEYER: Erste Ergebnisse der Erhebung an Fachakademien für Sozialpädagogik in Bayern — Fachübergreifender Abschnitt, 1977
- Nr.31: I.MÜLLER: Lehrermeinungen zum BGJ u. seinen Lehrplänen, 1977
- Nr.32: G.DIRNSTORFER/I.MÜLLER: Das BGJ Zug J im Urteil v. Schülern u. Lehrern. Zusammenf. Darst. d. Beobachtung im Schulj. 1975/76
- Nr.33: G. BRINNINGER/G. SCHRICKER: Begleituntersg. z. BGJ 1976/77. Die fachpraktischen Leistungen im Berufsgrundschuljahr 1976/77.
- Nr.35: I.MÜLLER: Erfahrungen von Schülern mit dem BGJ — Zusammengefaßte Ergebnisse aus einer Erhebung bei Berufsgrundschuljahren u. Schülern d. Teilzeitunterricht i. Schulj. 1974/75. Begleituntersuchung zum BGJ, 1977
- Nr.37: H. RINGHOLZ: Gutachten zum Vergleich der Abschlußprüfungen der BOS 1975 m. d. Abiturprüfungen d. Gymnasiums (herkömml. Oberstufe) d. Prüfungsjahres 1975 — Begleituntersuchung zur BOS —, 1977
- Nr.42: GEYER/HEIMERER/MÜLLER/WINNER: Block- und Phasenunterricht in Bayern. Modell, Lehrplanarbeiten und Ergebnisse der Begleituntersuchung. 1978
- Nr.43: R. FUCHS/H. SPECHT: Schulversuch Augsburg 1976/77. Begleituntersuchung zum BGJ — Berufsfeld Metalltechnik, 1979
- Nr.44: D. APPELT/K. JOSCHKO: Die wissenschaftl. Begleitung der neugest. gymn. Oberstufe (Kollegstufe) i. Bay. — Fallstudie m. Anhang, 1978
- Nr.49: K. J. SCHICKAN: Leistungsfestst. im BGJ Bautechnik Schulj. 77/78. 1978
- Nr.51: Möglichkeiten und Grenzen von Schülerbeteiligung. — Überlegungen zu einer theoretischen Begründung für das Projekt »Erprobung der Beteiligung von Schülern an Planung und Evaluation von Lehrplänen und Unterricht«, 1981
- Nr.58: G. BRINNINGER/K. J. SCHICKAN/G. SCHRICKER: Die fachprakt. Leistungen im BGJ 1977/78. Metall-, Elektro-, Holztechnik — Begleituntersuchung zum BGJ. 1979
- Nr.60: G. SCHRICKER: Erfahrungsberichte zur Einrichtung des Berufsgrundschuljahres an zwei bayer. Berufsschulen 1974 — 1978.
- Nr.62: I.MÜLLER/G. DIRNSTORFER: Erste Ergebnisse aus der Schülerbefragung zum BGJ Zug J im Schuljahr 1977/78. 1979
- Nr.63: G. BRINNINGER/K. J. SCHICKAN/G. SCHRICKER: Die fachprakt. Leistungen im BGJ 1978/79 — Metall-, Elektro-, Holztechnik — Begleituntersuchung zum BGJ — Aufgabensammlung. 1980
- Nr.64: K. J. SCHICKAN: Leistungsfeststellungen im BGJ BAUTECHNIK, Schuljahr 1978/79 — 1980
- Nr.66: S. JAFFÉ/O. SCHIESSL: Disziplinäre Situation an der Hauptschule — Literaturbericht zum Thema Aggressivität in der Schule. 1979
- Nr.69: W. BRAUN/F. NOICHL/W. STANDKE u. a.: Die FOS in Bayern, Modell u. Lehrplanarbeiten. 1980
- Nr.70: K. J. SCHICKAN: Leistungsfestst. i. BGJ Bautechnik Schulj. 79/80, 1981
- Nr.73: G. BRINNINGER/K. J. SCHICKAN/G. SCHRICKER: Die fachpraktischen Leistungen im BGJ 1979/80 — Metalltechnik, Elektrotechnik, Holztechnik. 1981
- Nr.74: G. LENKL: BGJ Agrarwirtschaft. Zusammenfassung von Erfahrungsberichten über das Berufsgrundschuljahr im Berufsfeld Agrarwirtschaft im Regierungsbez. Unterfranken i. Schulj. 1978/79, 1981
- Nr.75: Dokumentation zum einstündigen Unterricht am Gymnasium. 1981

